

OST Informationen EUROPA

In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsmagazin OstContact | 3/4 - 2019



Special Russland: Eine neue Agenda für die Zusammenarbeit mit Russland

Zentralasien
**Turkmenistan sucht
neue Impulse**

Osthandel 2018
**Wachstumsmotor für
den deutschen Handel**

Mittelosteuropa
**Innovation statt
Werkbank**

Unser interdisziplinäres Juristenteam für Sie!

- › *Praxisorientiert*
- › *Zielgerichtet*
- › *Erfolgreich*

Seite an Seite mit unseren
Experten für

- Steuern
- Import
- IT
- Financial Management
- Interim Management
- Internal Control

Ihr Ansprechpartner:

Alex Stolarsky

Rechtsanwalt, Direktor für Recht,
Steuern und Compliance

StolarskyA@schneider-group.com
+7 / 495 / 956 55 57
+49 / 30 / 615 089 10

Liebe Leserinnen und Leser,

das östliche Europa gehört weiterhin zu den wichtigsten Wachstumsmotoren des deutschen Außenhandels. Im Vorjahr stieg der **deutsche Handel mit den 29 Ländern der OAOEV-Region**, die von Tschechien bis an die russische Pazifikküste reicht, erneut kräftiger als der deutsche Handel insgesamt (S. 18f). Unter den wichtigsten deutschen Außenhandelspartnern liegt Polen beim Handelsumsatz mit 118 Milliarden Euro inzwischen auf Platz sieben und dürfte in Kürze Großbritannien auf Platz sechs übertreffen. Nach Polen ist Tschechien der wichtigste Handelspartner in unserer Region (92 Milliarden Euro Umsatz) gefolgt von Russland (62 Milliarden). Tschechien hat zehn Millionen Einwohner, Russland 140 Millionen. Dies zeigt deutlich, dass das Potenzial des russischen Marktes bei Weitem nicht ausgeschöpft werden kann. Im Gegenteil: Die deutschen Exporte nach Russland haben im Vorjahr nahezu stagniert, die Zahl der deutschen Unternehmen im Land ist seit vier Jahren rückläufig.

Kein Zweifel: Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen befinden sich in unruhigem Fahrwasser. Die nunmehr seit fünf Jahren bestehenden westlichen Sanktionen, insbesondere drohende neue US-Sanktionen gegen den russischen Energie- und Finanzsektor, aber auch die russischen Gegensanktionen machen vielen deutschen Unternehmen zu schaffen. In jedem Fall erhöhen sie die Transaktionskosten im Handel mit Russland. Zum Gegenwind in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen gehört auch der Widerstand in Brüssel und Washington gegen die Pipeline Nord Stream 2, die oft fälschlicherweise als deutsch-russisches Sonderprojekt betrachtet wird, obwohl Unternehmen aus insgesamt fünf EU-Ländern zu den Finanziers gehören und 670 europäische Zulieferunternehmen am Bau beteiligt sind. Immerhin konnte auf EU-Ebene im Februar in letzter Minute ein deutsch-französischer Kompromiss gefunden werden, der das Thema hoffentlich befriedet.

Damit aber Nord Stream 2 nicht das letzte europäisch-russische Leuchtturmprojekt bleibt, sind neue Impulse für die europäisch-russische Zusammenarbeit notwendig. Der OAOEV hat im Frühjahr eine neue Agenda mit 15 gemeinsamen Themenfeldern vorgelegt, auf denen eine enge Zusammenarbeit große Chancen für alle bietet. Mehr dazu und weiteren Themen erfahren Sie in dieser Schwerpunktausgabe zu Russland.

Das **Positionspapier** (S.13) war auch Thema beim traditionellen **deutsch-russischen Unternehmerfrühstück mit den beiden Außenministern** auf der Münchener Sicherheitskonferenz, über das wir auf S. 12 berichten. Der OAOEV-Mittelstandsexperte Jens Böhlmann informiert Sie ab S. 10f über die **wichtigsten Wirtschaftstrends in Russland**, auf S. 14 beleuchten wir die **Entwicklung auf dem russischen Arbeitsmarkt**. Zudem greifen wir das Thema Sanktionen in einem ausführlichen Interview auf, in dem Experten **Tipps** geben, **wie Unternehmen sich gegen Sanktionsverstöße wappnen können** (S. 15f).

Aber auch andere Regionen und Märkte des OAOEV spielen in dieser Ausgabe eine wichtige Rolle: Wir berichten über das **Deutsch-Turkmenische Wirtschaftsforum** in Berlin (S. 8), den **Besuch einer OAOEV-Delegation in Armenien**, wo eine neue, reformorientierte Regierung neuen Schwung ins Land bringt (S. 17), über das **Wirtschaftsforum Lettland** in Hamburg, bei dem sich lettische Start-Ups präsentierten (S. 21), und über die jüngsten **Sitzungen der OAOEV-Arbeitskreise Mittelosteuropa und Südosteuropa** (S. 20 + 22). Außerdem blicken wir auf den traditionellen **Neujahrsempfang des OAOEV mit Bundesaußenminister Heiko Maas** zurück, auf dem eine „neue europäische Ostpolitik“ im Mittelpunkt der Reden stand.

Wir wünschen Ihnen eine gewinnbringende Lektüre!

Ihre Redaktion

Special

Russland

Editorial	9
Analyse: Russlands Selbstbewusstsein wächst	10
MSC: Frühstück mit Ministern	12
Positionspapier: Neue Russland-Agenda	13
Arbeitsmarkt: Schockstarre überwunden	14
Interview: „Es ist wichtig, dass Unternehmen ihre Risiken kennen“	15

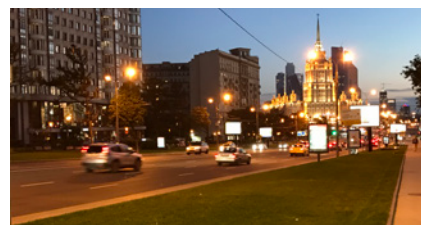


Foto: C. Himmighoffen

Editorial/Inhalt	3
Mitglieder-News	4
Länder-News	5
Neujahrsempfang: Außenminister Maas kontert Kritik an Nord Stream 2	6
Zentralasien: Turkmenistan sucht neue Impulse	8
Armenien: Neuer Schwung nach den Parlamentswahlen	17
Osthandel 2018: Wachstumsmotor für den deutschen Handel	18
Mittelosteuropa: Innovation statt Werkbank	20
Baltikum: Lettland setzt auf digitale Innovationen	21
Südosteuropa: Ermutigendes Signal an Investoren	22
OAOEV in Kürze	23
Vorstellung neuer Mitglieder	24
Termine/Kooperationen	25
Publikationen	26

Titelfoto: Moscow City

Quelle: pixabay

MITGLIEDERNEWS

Deutsche Lufthansa AG

Mit dem Erwerb eines Grundstücks in der ungarischen Stadt Miskolc hat die Lufthansa Technik AG im Februar den **Aufbau eines neuen Standorts für die Reparatur und Überholung von Triebwerksteilen** eingeleitet. Bis 2022 soll an diesem Standort das neue Unternehmen Lufthansa Technik Miskolc den Betrieb aufnehmen.

GEA Germany GmbH

Die deutsche GEA Group und das russische Chemieunternehmen Metafrax haben auf dem Investitionsforum in Sotschi im Februar eine **Vereinbarung zur Entwicklung einer Paraformaldehyd-Produktion** im Metafrax-Werk in Gubacha im Gebiet Perm unterzeichnet. GEA wird die entsprechende Technologie für das Werk liefern, das im zweiten Halbjahr 2021 eröffnet werden soll.

Knauf Gips KG

Der deutsche Baustoffhersteller Knauf hat ein neues **Marketing- und Vertriebsbüro in der Stadt Krasnogorsk im Gebiet Moskau eröffnet**. Knauf betreibt auch ein Gipswerk in Krasnogorsk und beschäftigt dort mehr als 550 Mitarbeiter.

Knorr-Bremse AG

Das Unternehmen Knorr-Bremse 1520, eine Tochtergesellschaft der deutschen Knorr-Bremse Group, verlagert seine Produktion von St. Petersburg ins Leningrader Gebiet. Die **Errichtung eines neuen Werks** hat bereits im August 2018 begonnen und soll 2020 abgeschlossen werden. Geplant ist die Herstellung von Bremssystemen für Schienenfahrzeuge sowie die Bereitstellung von Wartungs- und Reparaturdienstleistungen.

Remmers Gruppe AG

Der niedersächsische Baustoffhersteller Remmers lieferte **Spezialprodukte und Know-how für die Restaurierung der**

historischen Igumnov-Villa in Moskau, der Residenz der französischen Botschaft in Russland. Das Igumnov-Haus wurde 1883 bis 1893 nach dem Entwurf des Architekten Nikolay Pozdeyev gebaut.

Schaeffler Technologies AG & Co. KG

Die Schaeffler AG hat im Januar an ihrem ungarischen Standort Debrecen die **Einweihung einer neuen Produktionshalle und das 20-jährige Jubiläum** von Schaeffler Debrecen gefeiert. An der Eröffnungszereemonie nahmen neben Kunden und Mitarbeitern hochrangige Gäste aus Wirtschaft und Politik teil, darunter Ungarns Außenminister Péter Szijjártó. Der Automobil- und Industrielieferer investierte rund 80 Millionen Euro in das moderne Gebäude, in dem Kegelrollenlager für Automotive-Anwendungen produziert werden. Nach knapp zwei Jahren Bauzeit wird durch die Inbetriebnahme der zusätzlichen Fläche das Produktionsvolumen um 50 Prozent erhöht. Künftig wird Schaeffler in Debrecen fast 2.000 Mitarbeiter beschäftigen.



Symbolischer Produktionsstart in Debrecen mit Ungarns Außenminister Peter Szijjártó (3.v.re.)

Siemens AG

Der russische Staatsfonds RDIF will Siemens als **Technologiepartner für eine 200 Kilometer lange Hochgeschwindigkeits-Zugverbindung** zwischen den Städten Tscheljabinsk und Jekaterinburg ins Boot holen. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar unterzeichnet. Siemens soll dafür die Signaltechnik liefern.

Volkswagen AG

Die Volkswagentochter Audi und der Energiekonzern EON planen in gemeinsamer Kooperation einen **160.000 Quadratmeter großen Solarpark auf dem Dach des Betriebsgeländes von Audi** im ungarischen Győr. Es wäre die größte Solaranlage in Europa, die je auf einem Dach installiert wurde.

Falls Sie Ihre Meldungen auch gerne in den OEI veröffentlichen möchten, senden Sie uns eine Mail an:

C.Himmighoffen@bdi.eu



Mercedes-Bereichsvorstand Markus Schäfer (li.) und Polens Premier Mateusz Morawiecki kündigten den Bau der Batteriefabrik in Jawor an.

Daimler AG

Im Zuge der Elektrooffensive baut Mercedes-Benz Cars eine Batteriefabrik im polnischen Jawor und erweitert damit seinen globalen Batterie-Produktionsverbund auf neun Fabriken. Die Batteriefabrik ist das zweite große Investment an dem neuen Mercedes-Benz Standort. In Jawor, rund 100 Kilometer von der Grenze zu Deutschland entfernt, entsteht derzeit eine moderne Motorenfabrik, in der Vierzylinder-Motoren für Hybridfahrzeuge und konventionell angetriebene Pkw hergestellt werden sollen. Die erste Produktionsstätte von Mercedes-Benz Cars in Polen wird über 1.000 Mitarbeiter beschäftigen. Die Motorenproduktion in Jawor wird in diesem Jahr anlaufen, versorgt werden die Pkw-Werke von Mercedes-Benz Cars in Europa und der ganzen Welt. Mit der Erweiterung um eine Batteriefabrik entstehen dort rund 300 zusätzliche neue Arbeitsplätze. Die Serienproduktion von Batterien soll Anfang der nächsten Dekade starten.

LÄNDERNEWS

Albanien/Kasachstan/ Usbekistan

In ihrer Sitzung Ende Januar haben die Experten der OECD turnusmäßig die Länderrisiken von 40 Staaten aus den Regionen Europa/GUS und MENA neu bewertet. Von den osteuropäischen Staaten wurden **Albanien, Kasachstan und Usbekistan von der Risikoklasse 6 in Kategorie 5 heraufgestuft**. Die neuen Ländereinstufungen gelten seit dem 11. Februar. Die Länderklassifizierung ist ein Parameter bei der Berechnung des Entgelts für Exportkreditversicherungen.

Estland

Seit Jahresanfang kann bei der Gründung einer GmbH in Estland ein Bankkonto bei einem Kreditinstitut im Europäischen Wirtschaftsraum genutzt werden. **Für die Firmengründung aus dem Ausland ist somit kein estnisches Konto** für die Einbringung des Stammkapitals von 2.500 Euro **mehr nötig**. Die Firmengründung aus dem Ausland ist seit 2014 möglich. Durch die digitale ID-Karte „e-Residency“ wird man dabei zum „digitalen Einwohner Estlands“ und ist berechtigt, ein Unternehmen zu gründen. (GTAI)

Nordmazedonien

Die bisherige Republik Mazedonien heißt jetzt Nordmazedonien. Die **Namensänderung wurde Mitte Februar offiziell vollzogen**. Der neue Name ist Teil der Umsetzung eines Abkommens mit Griechenland vom Sommer 2018. Entsprechende Verfassungsänderungen hatte das Parlament in Skopje im Januar gebilligt. Das griechische Parlament hatte im Februar das entsprechende Protokoll ratifiziert. Damit ist auch der Weg für den NATO-Beitritt des Balkan-Staats im kommenden Jahr frei.

Ukraine

Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Halbierung des Energieverbrauchs sind einige der Ziele, mit denen die Ukraine im Rahmen ihrer „Energierategie 2035“ die

Beschlüsse der Pariser Klimakonferenz von 2015 umsetzen will. Mit dem Vorhaben „Low Carbon Ukraine“ **unterstützt Deutschland die ukrainische Regierung** bei der Erreichung dieser Ziele. Das Projekt soll in den nächsten drei Jahren Analysen und politische Vorschläge zur Umsetzung einer emissionsarmen Politik zur Verfügung stellen. Das deutsch-ukrainische Beratungsvorhaben wird im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) des BMU finanziert und von der Berlin Economics GmbH durchgeführt.

Maschinenbauer steigern Exporte deutlich

Die **Maschinenbauer in Deutschland haben trotz vieler Verunsicherungen auf dem Weltmarkt ihre Exporte 2018 deutlich gesteigert**. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr nach Angaben des Branchenverbands VDMA Maschinen und Anlagen für 177,8 Milliarden Euro ausgeführt - ein Plus von 5,3 Prozent zum Vorjahr. Größte Absatzregion blieb Europa. Starkes Wachstum zeigte dabei der Handel mit Polen. Die Exporte in das östliche Nachbarland legten besonders kräftig um 17 Prozent auf 7,2 Milliarden Euro zu. Polen rückte im Ranking damit um einen Platz vor auf Rang sieben und überholte Österreich. Zu einer insgesamt stärkeren Bedeutung Ost- und Mitteleuropas passt, dass Tschechien in der Exportrangliste auf Platz neun noch vor Russland liegt (Rang zehn).

Rg.	Land	Exporte (Mrd. EUR)	gg. Vj in %
1.	USA	19,2	+7,1
2.	China	19,1	+9,6
3.	Frankreich	11,6	+4,6
4.	Italien	8,3	+9,5
5.	Großbritannien	7,7	+5,1
6.	Niederlande	7,4	+8,2
7.	Polen	7,2	+17,0
8.	Österreich	7,0	+3,8
9.	Tschechien	5,5	+5,2
10.	Russland	5,4	+2,7

Quelle: VDMA

Usbekistan

Die Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium Claudia Dörr-Voß und der stellvertretende usbekische Ministerpräsident Sukhrob Kholmuradov unterzeichneten im Februar **zwei gemeinsame Erklärungen** über eine wirtschaftspolitische Regierungsberatung für Usbekistan und die Fortsetzung der Zusammenarbeit im Rahmen des Managerfortbildungsprogramms. Für die Beratung hat das BMWi ein Expertenteam beauftragt, das unter dem Namen „German Economic Team Usbekistan“ tätig sein wird. Deutsche Staatsbürger können seit dem 15. Januar für Aufenthalte von bis zu 30 Tagen **visafrei nach Usbekistan reisen**. Der usbekische Präsident Shavkat Mirziyoyev hatte am 3. Januar einen entsprechenden Erlass über die Abschaffung der Visapflicht für deutsche Staatsangehörige unterzeichnet. Für Aufenthalte von mehr als 30 Tagen müssen weiterhin entsprechende Visa beantragt werden.



Usbekistan will mehr Touristen zu seinen Sehenswürdigkeiten locken. Im Bild: Samarkand.

Ungarn

Seit Anfang des Jahres gelten in Ungarn **neue Regelungen für Auslandsinvestitionen**. Das Gesetz von 2018 über die Überwachung ausländischer Investitionen, die die Sicherheitsinteressen Ungarns verletzen, gilt für natürliche und juristische Personen, die außerhalb der EU, des Europäischen Wirtschaftsraumes und der Schweiz ansässig sind oder mehrheitlich aus Drittländern kontrolliert werden. Bei Investitionen, die mehr als 25 Prozent (bei AGs zehn Prozent) der Beteiligung an einem Unternehmen ausmachen, muss der Innenminister zustimmen, sofern das Unternehmen sensible Güter herstellt oder Dienstleistungen erbringt.

Außenminister Maas kontert Kritik an Nord Stream 2

Rund 250 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Diplomatischem Corps konnte der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein im Januar zu seinem traditionellen Neujahrsempfang in der Berliner Kalkscheune begrüßen, darunter Bundesaußenminister Heiko Maas als Keynote-Speaker.



Der OAOEV-Vorsitzende warb für eine neue Agenda mit Russland.

In seiner Begrüßungsrede richtete der Vorsitzende des Ost-Ausschuss – Osteuropavereins Wolfgang Büchele den Blick auf das neue Jahr. Mit dem 30. Jahrestag des Mauerfalls und des Beginns des Transformationsprozesses wird 2019 ein zentrales Ereignis für die Entwicklung in den 29 Ländern des OAOEV gefeiert. „Die Europa-Wahlen im Mai könnten EU-Gegner in großer Zahl ins Parlament bringen. Welchen Beitrag wir dazu leisten können, die EU zu stärken, darüber müssen wir 30 Jahre nach Beginn der Transformation besonders nachdenken“, sagte Büchele und griff in diesem Zusammenhang ein Zitat von Bundesaußenminister Heiko Maas auf: „Mut zu Europa – Europe United“.

Büchele zählte eine Reihe von erfreulichen Entwicklungen im zurückliegenden Jahr auf und lobte hier insbesondere die Reformfortschritte in Mazedonien und Usbekistan. Der deutsche Handel mit Osteuropa sei erneut stärker gewachsen als der deutsche Handel insgesamt. Zu den großen Sorgen der deutschen Wirtschaft in Osteuropa zäh-

len dagegen neben einem zunehmenden Fachkräftemangel und Konflikten einiger EU-Ländern mit Brüssel vor allem der ungelöste Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Dringend benötigte Fortschritte im Minsker Friedensprozess würden durch Vorfälle wie im Asowschen Meer und die Gefangennahme ukrainischer Matrosen ausgebremst, kritisierte Büchele. „Diese Soldaten müssen schnellstens freigelassen und der freie Zugang zu den ukrainischen Häfen garantiert werden.“

Neue Agenda für Russland

Büchele betonte, dass trotz der gravierenden Konflikte langfristig kein Weg an einer engen Partnerschaft zwischen der EU und Russland vorbeiführe. „Wir sind in diesem Jahrhundert, das nach Lage der Dinge kein europäisches, sondern ein asiatisches sein wird, mehr denn je aufeinander angewiesen“, betonte der OAOEV-Vorsitzende. „Um die Zukunft gemeinsam zu gestalten, brauchen wir jetzt eine echte Strategie, eine neue Agenda für die europäisch-russischen

Beziehungen“. Grundzüge dieser „Neuen Agenda“ beschreibt der OAOEV in einem neuen Russland-Positionspapier (s. S. 13).

In seiner Vorstellung des Bundesaußenministers griff Büchele dessen Vorschlag einer „europäischen Ostpolitik“ auf. „Für mich persönlich bedeutet dies, unseren osteuropäischen EU-Partnern und Russland stärker zu vermitteln, warum es sich lohnt, an der Überwindung historischer Feindschaften zu arbeiten. Nur so bringen wir Europa insgesamt voran und schaffen Sicherheit auf unserem Kontinent.“

Kritik übte Büchele an den Versuchen aus den USA, die Wirtschafts- und Energiepolitik in Europa mit Drohungen von Sanktionen und Strafzöllen zu beeinflussen. „Damit werden demokratisch gewählte Regierungen geschwächt und tiefsitzende antiamerikanische Klischees bedient“, kritisierte Büchele. „Hier steht inzwischen mehr auf dem Spiel als ein Wirtschaftsprojekt wie Nord Stream 2 oder wirtschaftliche Beziehungen mit dem Iran. Es geht um unsere Selbstachtung und unsere Souveränität.“

Maas wirbt für europäische Ostpolitik

Bundesaußenminister Heiko Maas nutzte seine Keynote, um ausführlich die Ziele der deutschen Außenpolitik zu erläutern. Ihm geht es um ein Gegengewicht gegen die „America First“-Politik des US-Präsidenten. Maas warb für eine neue „europäische Ostpolitik“ jenseits des Minimalkonsenses in der EU. Ein „Kernbestandteil“ müsse das Verhältnis zu Russland sein. Ohne Russland sei die Lösung vieler internationaler Konflikte nicht möglich. Maas, dem häufig eine kritische Haltung zu Russland attestiert wird, wies auf seine intensiven Kontakte und häufigen Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow hin, mit dem er regelmäßig im Gespräch sei.

Seit seinem Amtsantritt im März 2018 seien bereits eine Reihe von ausgesetzten Gesprächsformaten mit Russland reaktiviert worden. Maas betonte hier insbesondere die Notwendigkeit eines Dialogs mit Russland in Sicherheitsfragen. Der INF-Vertrag über atomare Rüstungsbegrenzung zwischen Russland und den USA müsse erhalten bleiben. Dafür wolle sich Deutschland auch mit Hilfe des zum 1. Januar übernommenen Sitzes im UN-Sicherheitsrat engagieren.

Der Außenminister betonte vor allem die Bedeutung eines geschlossenen Auftretens der EU und einer regelbasierten internationalen Ordnung. Im Rahmen der „Drei-Meeres-Initiative“ östlicher EU-Länder wolle Deutschland die Rolle eines Bindegliedes zu Brüssel und den westeuropäischen EU-Ländern übernehmen. Die neue europäische Ostpolitik müsse zudem die Ukraine, Belarus, den Kaukasus und Südosteuropa einbeziehen.

Nord Stream 2 auch im ukrainischen Interesse

Mit klaren Worten verteidigte Maas das Pipelineprojekt Nord Stream 2 gegen internationale Kritik. Das Projekt sei „kein deutsch-russischer Sonderweg“, wie Kritiker fälschlich behaupteten. Im Hinblick auf die Ukraine und deren Sorge bezüglich sinkender Einnahmen aus dem Transit russischen Gases betonte Maas, dass Berlin die ukrainischen Interessen in den Gesprächen mit Russland mit vertreten würde. Würden dagegen aufgrund von Sanktionen deutsche und europäische Unternehmen aus dem Projekt Nord Stream 2 verdrängt, werde es niemanden mehr geben, der auf den Erhalt des russischen Gastransits durch die Ukraine drängen könne.

Unmissverständlich wies Maas den Druck von Seiten der USA gegen das Projekt zurück: „Fragen der europäischen Energiepolitik“ müssten in Europa entschieden werden, „nicht in den USA“, sagte Maas und wandte

sich gegen Bestrebungen der USA, die Ostseepipeline mit Sanktionen zu belegen.

Maas würdigte zudem die Arbeit des OAOEV und seiner Mitglieder und wies auf die Bedeutung Osteuropas für die deutsche Wirtschaft hin. Der deutsche Handel mit der Region sei größer als der deutsche Außenhandel mit den USA und China zusammengenommen.

Während des anschließenden Empfangs im Lounge-Bereich der Kalkscheune nahm sich der Bundesaußenminister noch Zeit, um Mitglieder und Partner des OAOEV kennenzulernen und mit den Vertretern der Botschaften zu netzwerken. Unter den 250 Gästen des Empfangs wurden in diesem Jahr Vertreter von über 20 Botschaften gezählt.

Andreas Metz, Christian Himmighoffen

Abschnitt Presse und Kommunikation
im OAOEV



Der OAOEV-Vorsitzende Bücheler (re.) begrüßte Außenminister Maas zum Neujahrsempfang.



Außenminister Maas plädierte für eine europäische Ostpolitik.

Turkmenistan sucht neue Impulse

Turkmenistan will seine Energieexporte und seine Wirtschaft diversifizieren. Wie deutsche Unternehmen dabei helfen können, war Thema auf einem Deutsch-Turkmenischen Wirtschaftsforum in Berlin.

Turkmenistan steht in wirtschaftlicher Hinsicht im Schatten seiner Nachbarn Kasachstan und Usbekistan. Der deutsch-turkmenische Gütertausch bewegt sich mit einem Volumen von 150 Millionen Euro auf überschaubarem Niveau. Der Wüstenstaat am Kaspischen Meer mit seinen sechs Millionen Einwohnern weckt vor allem durch seine umfangreichen Öl- und Gasvorräte das Interesse ausländischer Investoren. Neue Impulse sucht das Land durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Zusammenhang mit der chinesischen Belt & Road-Initiative (BRI) sowie durch die Diversifizierung seiner Wirtschaft jenseits des Öl- und Gassektors.

Der Energiesektor gehörte zu den Branchen, die beim Deutsch-Turkmenischen Wirtschaftsforum im Mittelpunkt standen, das Mitte Februar in der Repräsentanz der Deutschen Bank in Berlin stattfand. Daneben wurden aber auch die Perspektiven des Landes in der Chemieindustrie, in Transport und Logistik sowie in der Agrar- und Ernährungswirtschaft diskutiert. Über 150 Vertreter aus Politik und Wirtschaft, darunter eine große turkmenische Delegation unter Leitung von Vize-Premier Chary Gylydzhov und Präsidentensohn Serdar Berdimuhamedow, dem stellvertretenden Gouverneur der Region Ahal, nahmen an dem bilateralen Wirtschaftsforum teil, das der OAOEV zusammen mit der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Zentralasien und turkmenischen Partnern organisierte.

Region in Aufbruchstimmung

„Die Region Zentralasien ist in einer Aufbruchstimmung,“ sagte OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms zur Eröffnung: „Es passiert derzeit sehr viel, unter anderem angetrieben durch das chinesische Projekt der ‚Neuen Seidenstraße‘ und durch reiche Rohstoffvorkommen, die auf Förderung und Weiterverarbeitung vor Ort warten.“ Die Öl- und Gasvorkommen schufen die Basis für eine



„Win-Win-Situation“, denn deutsche Unternehmen könnten mit ihrem Know-how und ihren Technologien einen entscheidenden Beitrag leisten, um die Wertschöpfung in Industrie und Landwirtschaft nachhaltig zu erhöhen, und Turkmenistan könne zu einer Diversifizierung der Energieimporte der EU beitragen. Die Einigung auf den wirtschaftlichen Status des Kaspischen Meeres, die die Anrainerstaaten im August 2018 erzielt hatten, bezeichnete Harms als „Meilenstein für die Region“. Vizepremier Gylydzhov gab einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes, für das Deutschland ein „aussichtsreicher Partner“ sei. Er verwies auf die Bemühungen Turkmenistans den Öl- und Gasexport zu diversifizieren, etwa durch die TAPI-Pipeline, die über Afghanistan und Pakistan nach Indien führen soll. Zudem wird die petrochemische Industrie ausgebaut. „Wir laden deutsche Unternehmen ein, sich an Großprojekten zu beteiligen“, sagte der Vizepremier.

Auch Alexander Schönfelder, Beauftragter für Technologiepolitik, Handels-, Finanz- und Sanktionspolitik im Auswärtigen Amt, unterstrich die Chancen, die eine Pipeline durch das Kaspische Meer für die Diversifizierung der europäischen Energieversorgung biete. Zudem eröffneten die Maßnahmen der

Regierung zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur Beteiligungsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen. Damit könne die „derzeitige Durststrecke im bilateralen Handel“ überwunden werden. Im Jahr 2018 war der bilaterale Warenaustausch um fast 60 Prozent zurückgegangen.

Der Energie- und Chemiesektor stand im Fokus der anschließenden Diskussionsrunde, die von OAOEV-Regionaldirektor Eduard Kinsbruner moderiert wurde. Turkmenische Branchenvertreter stellten wichtige Projekte in der Öl- und Gasförderung vor. In einer weiteren Diskussionsrunde drehte sich alles um Transport und Logistik. In der abschließenden Panel-Diskussion stand dann die Landwirtschaft im Fokus. Praktischen Anschauungsmöglichkeiten über die Produkte der turkmenischen Landwirtschaft und Industrie bot die begleitende Ausstellung im Stil eines Basars, auf der die Teilnehmer getrocknete Früchte, Gemüse und Tee kosten, aber auch Erzeugnisse der Pharmaindustrie begutachten konnten. Die Ausstellung belegte, dass die Diversifizierung der turkmenischen Wirtschaft zumindest in einzelnen Branchen bereits in vollem Gange ist.

Christian Himmighoffen

Referent für Presse und Kommunikation

Eine neue Agenda für die Zusammenarbeit mit Russland

In diesem Frühjahr jährt sich die Einführung erster Sanktionen des Westens gegen Russland zum fünften Mal. Vor allem in den ersten drei Jahren 2014 bis 2016 haben die EU-Sanktionen und die russischen Gegenmaßnahmen zu erheblichen Einschränkungen der Wirtschaft geführt. In einer ausführlichen Analyse berechneten wir 2017 die aufgelaufenen Sanktionsschäden auf etwa 100 Milliarden Euro für Russland und die EU. Eine Analyse des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW), die gerade im Februar erschien, geht nun von 130 Milliarden Euro aus. Das Institut beziffert dabei die allein von Deutschland in den Jahren 2014 bis 2016 erlittenen Handelsverluste auf 14 Milliarden Euro.

Seit zwei Jahren nimmt der Handel zwischen Deutschland, der EU und Russland wieder zu. Die Zahlen liegen aber aktuell immer noch rund 20 Prozent unter den Werten des Jahres 2013. Hingegen hat sich der deutsche Handel mit den meisten anderen Ländern des östlichen Europa in den vergangenen fünf Jahren schwunghaft weiterentwickelt, mit dem Ergebnis, dass beispielsweise der Handelsumsatz mit Polen – 2013 noch gleichauf mit Russland – nunmehr das Zweifache des russischen Wertes erreicht.

Zur wirtschaftlichen Bilanz von fünf Jahren Sanktionen gehört, dass gleichzeitig Länder wie China und die Türkei ihre Handelsanteile in Russland deutlich ausbauen konnten. Auch wenn die Unternehmen gelernt haben, mit dem EU-Sanktionen zu leben, sie bleiben ein Wachstumshemmnis für die bilateralen Beziehungen und vor allem für die russische Wirtschaft. Dennoch ist die EU als Ganzes gesehen mit 43 Prozent immer noch mit weitem Abstand Russlands wichtigster Handelspartner vor China (16 Prozent).

Was die Sanktionen politisch bewirkt haben, müssen andere beurteilen. Fürsprecher weisen auf ihre Alternativlosigkeit und schreiben den relativen militärischen Stillstand im Osten der Ukraine als positiven Effekt den Sanktionen zu. Kritiker wiederum nehmen diesen Stillstand als Beleg dafür, dass die Sanktionen echten Fortschritten im Wege stehen.

Wir sind und bleiben Realisten: Solange sich an den politischen Umständen nichts ändert, und hier müsste sich auch Russland kooperativer verhalten, werden die Sanktionen nicht verschwinden. Ja, es wäre bereits ein Erfolg, wenn angesichts wachsender Spannungen zwischen den USA und Russland neue US-Sanktionen, die zu Lasten der europäischen Wirtschaft gehen, verhindert werden könnten.

Die weitere Umsetzung des Projekts Nord Stream 2 ist aktuell ein Lichtblick in schwierigen Zeiten. Damit aber die europäisch-russischen Beziehungen in Sanktionszeiten nicht noch weiter hinter andere Märkte zurückfallen, brauchen wir mehr solcher Lichtblicke. Die Voraussetzungen dafür sind weiter gegeben: Russland braucht uns Europäer als Investoren, Produzenten, Anbieter innovativer Technik und Abnehmer von Rohstoffen. Und für uns ist Russland nicht nur als Garant für die europäische Energiesicherheit, sondern auch als Innovationspartner interessant. Deshalb hat der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein im Januar eine „Neue Agenda für die europäisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen“ vorgelegt, mit der wir 15 große Themenfelder in den Blick rücken, auf denen eine intensiviertere Zusammenarbeit mit Russland trotz Sanktionen bereits stattfindet und großes Potenzial für alle Europäer verspricht. Dazu gehören Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Digitalisierung der Wirtschaft, die Aufarbeitung atomarer Abfälle, die Verbindung von Agrarwirtschaft und Klimaschutz, die Erforschung des Weltraums, Energie- und Rohstoffsicherheit, E-Medizin und Mobilität.

Diese neue Agenda soll den Blick über die tagespolitischen Blockaden hinaus öffnen und zeigen, was uns verbindet und gemeinsam erfolgreich machen kann. Vielleicht wächst darüber neues Vertrauen, Verständnis und neue Wertschätzung. Und am Ende der Wille, den Sanktionsknoten endlich zu durchschlagen.



Dr. Wolfgang Büchele

Vorsitzender des Ost-Ausschuss –
Osteuropavereins der Deutschen Wirtschaft e.V.

Russlands Selbstbewusstsein wächst

Angesichts eines gestiegenen Lebensstandards sind die Russen zufriedener mit ihrem Leben als früher. Für ein stärkeres Wachstum und mehr ausländische Investitionen sind allerdings politische Konfliktlösungen und wirtschaftliche Reformen unabdingbar.



Im Winter verwandelt sich Moskaus Innenstadt in eine Märchenlandschaft.

Seit zwei bis drei Jahren verwandelt sich Moskaus Innenstadt im Winter in eine Märchenlandschaft. Überall glitzert und funkelt es. Entlang der Moskwa erleuchten illuminierte Bäume die Nacht, aus profanen Straßenlaternen werden tanzende Lichtspiele, und vor dem Roten Platz entsteht ein ganzer künstlicher Winterwald. Alles wirkt so, als hätte ein Riese Weihnachtsschmuck gleichmäßig über der Stadt verteilt. Wer ein wenig Kitsch nicht gänzlich abgeneigt ist, dem gefällt diese Verwandlung der Stadt, und sie ist ja auch in erster Linie für ihre Bewohner und Besucher gedacht. Sie ist aber auch Ausdruck eines veränderten Stadtkonzepts, in dem im Sommer großflächige Fußgängerzonen mit unzähligen Restaurants und Cafés zum Verweilen einladen. In den gut gepflegten Stadtparks tummeln sich die Moskauer bei allerlei Vergnügungen, und das kulturelle Angebot der Hauptstadt sucht ohnehin seinesgleichen.

Dass aus einer Megacity über die Jahre so auch eine lebenswerte Großstadt geworden ist, soll auch die Botschaft vermitteln: Die wirtschaftliche Krise ist überstanden! Und das zeigt die Stadt selbstbewusst. In der Tat spürt man in Moskau - und anderen russischen Städten - nicht wirklich viel von ökonomischen Zwängen und politischem Druck. Die Stadt ist geschäftig wie eh und

je, die Staus sind endlos, die Hektik der Bewohner grenzenlos. Vom zur Schau gestellten Luxus in allen nur denkbaren Varianten ganz zu schweigen. Ist das alles nur Fassade, oder ist Russland wirklich auf dem Weg, eine erfolgreiche Volkswirtschaft mit den dazugehörigen Segnungen für seine Bevölkerung zu werden? Die Frage ist nicht ganz leicht zu beantworten, denn es ist gleichzeitig beides richtig.

20 Millionen leben unterhalb der Armutsgrenze

Die staatliche Statistikbehörde zählte 2017 knapp 20 Millionen Russen, die unterhalb der Armutsgrenze lebten, mit steigender Tendenz. Vor sechs Jahren waren es noch 15 Millionen. 20 Millionen, das sind fast so viele Menschen wie in Dänemark, Norwegen und Schweden zusammengenommen leben, fast 15 Prozent der Bevölkerung oder jeder siebte Russe. Das Existenzminimum lag im zweiten Quartal 2018 bei umgerechnet 140 Euro. Und trotzdem sind die meisten Russen nicht wütend wie die Gelbwesten in Frankreich. Sie streiken nicht für üppige Lohnerhöhungen wie in Deutschland, und sie haben nur einmal in großer Zahl wirklich ihrem Unmut Luft gemacht, als der Präsident das Rentenalter anheben wollte.

Dass die Regelung – abgeschwächt – trotzdem in Kraft tritt, ist einfach eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Dem Arbeitsmarkt gehen in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten je nach Berechnung zwischen 20 und 30 Millionen Arbeitskräfte verloren. Der Fachkräftemangel ist schon heute eine der größten Herausforderungen für die Wirtschaft. Dazu kommt der Geburtenrückgang in den Neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Apropos Neunziger: Dass die Russen trotz aller Alltagsprobleme vergleichsweise zufrieden sind, mag seine Ursache auch darin haben, dass sie diese Zeit als extrem chaotisch, unsicher und wirtschaftlich desaströs empfunden haben, und seit dem Amtsantritt von Präsident Putin Stabilität eingekehrt ist. Es geht der russischen Bevölkerung einfach deutlich besser als vor 20 Jahren. Die medizinische Versorgung ist zwar nicht gut, aber besser geworden, die Säuglingssterblichkeit rückläufig, und die Bevölkerung wird älter.

Was bedeutet das alles für die Wirtschaft und die wirtschaftliche Entwicklung Russlands? Die deutschen Unternehmen sehen die Chancen in Russland zwar verhaltener als in den Vorjahren, aber schaut man sich die Zahlen für das je eigene Unternehmen an, dann haben laut der jüngsten Geschäftsklimaumfrage von OAOEV und AHK Russland 41 Prozent im vergangenen Jahr ein gutes oder sehr gutes Ergebnis erzielt, und über die Hälfte der Firmen konnte ihren Umsatz steigern – teilweise erheblich. Und das russische BIP wächst. 2018 um erstaunliche 2,3 Prozent, auch wenn der spontane Zuwachs gegenüber den Prognosen nicht ganz leicht zu erklären ist. Im laufenden Jahr wird die Dynamik aller Wahrscheinlichkeit nach geringer ausfallen. Für eine bessere Voraussage sind die Unsicherheiten auf dem Binnenmarkt und in Bezug auf die drohenden amerikanischen, und vielleicht auch europäischen Sanktionen einfach zu groß. Die weltweite Konjunktur

schwächt sich ab. Noch gänzlich unabsehbar sind die Auswirkungen des chinesisches-amerikanischen Handelsstreits.

Reformen sind immer noch notwendig

Nichtsdestotrotz hat die russische Finanz- und Wirtschaftspolitik auch in den Rezessionsjahren eine gute Performance geliefert. Der Haushalt ist ausgeglichen, und die Inflation - im Vergleich mit sehr vielen anderen Emerging Markets - gering. Die Lokalisierungspolitik hat in einigen Branchen etwa in der Landwirtschaft, der IT, und in Teilen der chemischen Industrie, tatsächlich den Markt und die Investitionen beflügelt.

Zwei wesentliche Faktoren verhindern augenblicklich ein besseres Wachstum. Einerseits hält die ungeklärte Situation im Osten der Ukraine und die damit verbundenen politischen Verwerfungen viele Firmen von einem verstärkten Engagement - bedauerlicherweise in beiden Ländern - ab. Eine konstruktive, baldige und dauerhaft friedliche Lösung wäre im ureigensten Interesse Russlands, sie wäre geradezu ein Befreiungsschlag. Der zweite Grund erinnert an den Film „Und täglich grüßt das

Murmeltier“, in dem Bill Murray in einer Zeitschleife den gleichen Tag wieder und wieder erlebt: wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Reformen sind immer noch und absolut unabdingbar, sie sind notwendiger denn je.

Entweder-Oder-Entscheidung

Für ein deutsches Unternehmen läuft die Situation auf eine Entweder-Oder-Entscheidung hinaus. Wer nicht über ein Produkt oder eine Dienstleistung verfügt, die absolut einzigartig oder technologisch unersetzbar ist, wird sich mit der Lokalisierungs- und Importsubstitutionspolitik der Russen arrangieren müssen. Denn auf lange Sicht werden nur die Unternehmen am Markt erfolgreich sein, die wenigstens einen Teil ihrer Liefer- und Wertschöpfungskette in Russland etablieren. Für Mittelständler ist eine solche Entscheidung naturgemäß schwieriger. Hier könnte sich im Laufe des Jahres eine Änderung der gesetzlichen Vorgaben ergeben, die es auch kleineren Firmen möglich macht, eher nach Russland zu gehen oder wenigstens eine Kooperation zu schließen. Anfang März wurde diesbezüglich eine interessante Entscheidung bekannt.

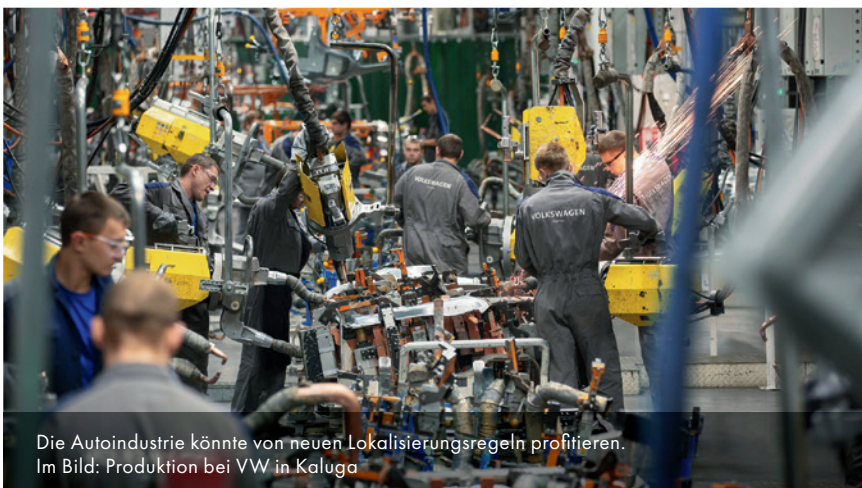
Positive Nachrichten für Unternehmen

Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung hat sich gegen den Vorschlag gestellt, der Automobilindustrie vorzuschreiben, welche Komponenten oder Verarbeitungsschritte in Russland lokalisiert werden müssen, und bevorzugt stattdessen Verhandlungen darüber, welche Produktionsschritte realistisch lokalisieren werden können. Sollte dieser Vorschlag Gesetz werden, wäre das ein großer Schritt in Richtung einer betriebswirtschaftlichen Entscheidung für eine tiefere Verarbeitung in Russland und hätte gleichzeitig Signalwirkung auch für andere Branchen. Vor allem für die Zulieferindustrie, die schon heute über ein zu geringes Marktvolumen klagt, würde sich damit die Situation entschärfen.

Ähnliches gilt für die seit August 2018 geltende „Utilization Fee“ für Elektrofahrzeuge, die direkt bei der Verzollung erhoben wird und so die Produkte für den russischen Endkunden teilweise erheblich teurer werden lässt. Ein neuer Gesetzentwurf liegt bei Industrieminister Denis Manturov, der Ausnahmen für Geräte mit geringer Leistung vorsieht. Auch hier gilt: Sollte dieser Entwurf Gesetzeskraft erlangen, wäre das eine deutliche Erleichterung für die betroffenen Firmen und würde den russischen Steuerzahler entlasten. Ganz nebenbei wäre das nach den wirtschaftspolitischen Entscheidungen, deren direkten Nutzen für die Wirtschaft man lange suchen muss, ein deutliches Signal an potenzielle Investoren und ausländische Firmen, die in Russland aktiv sind. Insgesamt gilt für Russland, was seit vielen Jahren gilt: Der Markt ist groß, die Verbraucher sind kauffreudig, der technologische Bedarf ist riesig. Vieles wird davon abhängen, ob die Entscheidungsträger nach volkswirtschaftlichen oder weiter nach geostrategisch-politischen Kriterien handeln.

Jens Böhlmann

Leiter der Kontaktstelle Mittelstand im OAOEV



Die Autoindustrie könnte von neuen Lokalisierungsregeln profitieren.
Im Bild: Produktion bei VW in Kaluga

Frühstück mit Ministern

Seit nunmehr fünf Jahren gehört das vom Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) organisierte deutsch-russische Unternehmerfrühstück mit den Außenministern beider Länder zu den traditionellen Terminen auf der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC).

Auch in diesem Jahr trafen sich Mitte Februar auf der MSC rund 30 Unternehmensvertreter aus den Branchen Energie, Technologie, Automobilindustrie, Gesundheits- und Finanzwirtschaft zum Arbeitsfrühstück mit den Außenministern Deutschlands und Russlands, Heiko Maas und Sergej Lawrow. Thema waren strategische Felder der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wie sie der OAOEV in seinem kürzlich vorgelegten Positionspapier zu den europäisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen abgesteckt hat (s. S. 13).

Konnektivität von EU und EAWU

„Wirtschaftlich ist wieder Schwung in unsere deutsch-russischen Beziehungen gekommen“, sagte der OAOEV-Vorsitzende Wolfgang Büchele in seiner Begrüßung. Als zentrale Punkte einer deutsch-russischen Agenda, wie sie in dem Positionspapier skizziert wird, bezeichnete er die Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft sowie eine stärkere Konnektivität von EU und Eurasischer Wirtschaftsunion (EAWU). „Es geht uns dabei um eine Verbesserung der Konnektivität in allen Bereichen, angefangen mit Normen, Standards und Zertifizierungsprozessen bis hin zu digitaler Vernetzung, einer abgestimmten Infrastruktur für Energie, Verkehr und Logistik bis hin zu Visa-Erleichterungen“, sagte Büchele.

Auch der russische Außenminister Lawrow nahm direkt Bezug auf das Positionspapier und lobte vor allem die Idee einer Effizienzpartnerschaft zwischen Deutschland und Russland mit dem Ziel, die Produktivität der russischen Industrie zu erhöhen. Große Bedeutung misst Lawrow auch der bilateralen Zusammenarbeit bei der Digitalisierung bei. Für die Wirtschaft interessante Initiativen gebe es auch im Rahmen des „Deutsch-Russischen Jahres der Hochschulkooperationen und Wissenschaft“, das von 2018 bis 2020 läuft. Der russische Außenminister wies auf die Bedeutung der Deutsch-Russischen Strategischen Arbeitsgruppe für die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit hin. Was die geopolitische Weltlage angeht, forderte Lawrow Europa dazu auf, außenpolitisch selbständiger zu werden.

Bundesaußenminister Maas hob hervor, dass die Bundesregierung den deutsch-russischen Beziehungen viel Aufmerksamkeit widme. Als wichtiges Beispiel für die bilaterale Zusammenarbeit nannte Maas die Wiedereinrichtung der gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft Sicherheitspolitik. Auch Maas ging auf das deutsch-russische Wissenschaftsjahr ein, in dessen Rahmen das Thema Digitalisierung und die Zusammenarbeit auf dem Feld der Künstlichen Intelligenz weiter verfolgt werden sollten. In der anschließenden Diskussion deutscher und russischer Unternehmensver-

treter wurde erneut auf das Positionspapier des OAOEV Bezug genommen. Als besonders wichtig wurden neben der Effizienzpartnerschaft auch die Bereiche Energie und Klima sowie die Zusammenarbeit zwischen der EU und der EAWU erachtet. Alexej Mordaschow, Chef der russischen Severstal-Gruppe, sprach sich für eine Reaktivierung der Business Roundtables zwischen der EU und Russland unter Beteiligung der Industrieverbände Deutschlands (Bundesverband der Deutschen Industrie, BDI), Frankreichs (Medef) und Italiens (Confindustria) aus.

Milliarden für „Nationale Projekte“

Große Chancen für die bilaterale Zusammenarbeit bietet die Gesundheitswirtschaft. Für diese und andere sogenannte Nationale Projekte stellt die russische Regierung in den nächsten Jahren umgerechnet 80 Milliarden US-Dollar zur Verfügung. Erhebliche Investitionen stehen in den nächsten acht bis zehn Jahren auch im russischen Stromsektor an. Herausforderung und Chance zugleich für deutsche Unternehmen ist die Lokalisierungsstrategie in Russland, die die Wertschöpfung in der russischen Industrie durch Local-Content-Anforderungen erhöhen soll. Die deutschen Unternehmensvertreter zeigten sich mit der Neufassung des Sonderinvestitionsvertrags zufrieden, die besonders günstige Konditionen für Technologieprojekte vorsehe.

Nicht ausgespart werden konnte das Thema der westlichen Sanktionen und russischen Gegensanktionen, die nunmehr seit rund fünf Jahre die bilaterale Wirtschaftszusammenarbeit beeinträchtigen. Die Sanktionen seien insbesondere für Finanzierungen und den Bankensektor kritisch. Russische Banken in der EU müssten sich auf „nicht-politische Projekte“ konzentrieren.

Michael Harms

Vorsitzender der Geschäftsführung des OAOEV



Großes Medieninteresse beim Businessfrühstück des OAOEV auf der MSC

Neue Russland-Agenda

Von Agrarwirtschaft bis Weltraumforschung: Ein Positionspapier des OAOEV schlägt intensive Wirtschaftskooperationen zwischen der europäischen und russischen Wirtschaft auf 15 Zukunftsfeldern vor.

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) schlägt eine „Neue Agenda“ für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland, der EU und Russland vor. „Wir leben in einem Jahrhundert, das kein europäisches, sondern ein asiatisches sein wird. Umso mehr sind wir darauf angewiesen, dass wir als Europäer enger miteinander kooperieren. Russland ist hier ein unverzichtbarer Partner“, sagte der OAOEV-Vorsitzende Wolfgang Büchele bei der Vorstellung eines 30-seitigen Positionspapiers in Berlin, zu dem viele Mitgliedsunternehmen des OAOEV Vorschläge eingereicht hatten. Es trägt den Titel „Gemeinsame Interessen definieren – gemeinsame Projekte umsetzen: Eine neue Agenda für die europäisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen“.

Es gehe darum, über die gravierenden tagespolitischen Konflikte hinaus den Blick auf gemeinsame Ziele zu öffnen und wieder eine positive Zukunftsvision zu entwickeln. „Um die Zukunft gemeinsam zu gestalten, brauchen wir eine gemeinsame Strategie, so Büchele.

15 Themenfelder mit Kooperationsmöglichkeiten

Das Positionspapier erläutert 15 große Themenfelder, auf denen eine Zusammenarbeit mit Russland bereits stattfindet und großes Potenzial verspricht. Dazu gehören Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Digitalisierung der Wirtschaft, Agrarwirtschaft und Klimaschutz, die Erforschung des Weltraums, Energie- und Rohstoffsicherheit, Medizin und Mobilität. „In allen genannten Feldern können innovative Unternehmen aus der EU und Russland gemeinsam an Lösungen arbeiten. Und zum Teil tun sie dies bereits heute sehr erfolgreich“, betonte Büchele.

Ein gutes Beispiel sei das Thema Digitalisierung. „Russland ist mit rund 90 Millionen Nutzern der größte E-Commerce-Markt



Die Zusammenarbeit im Weltraum gehört zu den vielversprechenden Kooperationsfeldern.

Europas. Das Land hat Internet-Konzerne, die auf Augenhöhe mit amerikanischen und chinesischen Anbietern agieren. Hier sollten wir die Zusammenarbeit stärken“. Zu den vielversprechenden Arbeitsfeldern gehörten hier etwa die Themen autonomes Fahren und E-Medizin. In einem Flächenland wie Russland, mit riesigen Entfernungen zwischen einzelnen Städten und bis zum nächsten Arzt, gebe es dafür einen enormen Bedarf.

Mit der 2017 gestarteten Deutsch-Russischen Digitalisierungsinitiative GRID hat der OAOEV zusammen mit deutschen und russischen Partnern bereits eine gemeinsame Plattform aufgebaut. In den vergangenen Monaten neu begonnen wurde zudem eine gemeinsame Initiative zur Harmonisierung der technischen Reglements. „Zusammen mit dem russischen Unternehmerverband arbeiten wir daran, die technischen Reglements beider Länder anzunähern. Jeder kleine Schritt nach vorne hilft hier russischen und europäischen Unternehmen noch erfolgreicher zu werden“, erläuterte Büchele.

Von Agrarsektor bis Weltraumforschung

Ein riesiges, gemeinsames Arbeitsfeld sei auch der Agrar- und Ernährungssektor: „Russland ist der wichtigste Getreideproduzent in Europa und spielt eine enorme Rolle für die Welternährung. Gemeinsam können

wir klimaresiliente Pflanzen entwickeln, um die Ernteerträge zu steigern und die Folgen des Klimawandels zu begrenzen“, erläuterte Büchele. Ebenso notwendig und aussichtsreich seien gemeinsame Projekte zur Entsorgung atomarer Abfälle, zur Sicherung der Rohstoffversorgung der Zukunft und zur Weiterentwicklung der Bildungssysteme. Bereits hervorragend laufe die Zusammenarbeit in der Weltraumforschung: „Alexander Gerst wäre ohne russische Technologie nicht zur ISS gekommen“, erinnerte Büchele. „Eines Tages wird Ressourcenförderung im Weltraum Realität werden. Im Verbund mit Russland können wir da sehr viel für Europa erreichen“, so Büchele.

„Unsere Vorschläge fügen sich ein in aktuelle Anstrengungen der Bundesregierung, den Dialog mit Russland gerade über die Themen Forschung, Entwicklung, Wissenschaft zu intensivieren“, sagte Büchele. Von 2018 bis 2020 findet das „Deutsch-Russische Jahr der Hochschulkooperationen und Wissenschaft“ statt, das durch das Auswärtige Amt koordiniert wird. Ende 2018 wurde zudem von den Forschungsministerien beider Länder eine ambitionierte „Deutsch-Russische Roadmap für die Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation“ für die nächsten zehn Jahre vereinbart.

Andreas Metz

Leiter Presse und Kommunikation im OAOEV

Schockstarre überwunden

Sanktionen, Importsubstitution und Rubelabwertung – diese drei großen Trends haben die wirtschaftliche Entwicklung in Russland seit 2014 geprägt und auch auf dem Arbeitsmarkt tiefe Spuren hinterlassen.



Die Nachfrage nach Personal hat wieder angezogen.

In den Jahren 2014 und 2015 waren die russischen Medien voll von Meldungen über Massenentlassungen, Kurzarbeit und großflächigen Personalabbau. Betroffen waren produzierende Unternehmen, aber auch der Bankensektor. Bei einer Inflationsrate von rund zwölf Prozent sanken die Realeinkommen.

Arbeitslosenquote nahezu unverändert

Angesichts der gut dokumentierten Entlassungswelle 2014 und 2015 verwundert, dass die amtliche Arbeitslosenquote seinerzeit praktisch unverändert geblieben ist. Sie ist auch in Zeiten der Rezession nur minimal von 5,5 Prozent (2013) auf 5,8 Prozent (2015) gestiegen. Auch hier spiegelt die Statistik wohl nur einen Teil der realen Entwicklung wider – aufgrund der geringen Arbeitslosenunterstützung in Russland meldet sich nur ein Teil der Arbeitssuchenden beim Arbeitsamt.

In jedem Fall sprechen die verfügbaren Daten dafür, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt inzwischen stabilisiert hat: Die Einkommen sind im vergangenen Jahr bei einer Inflationsrate von nur noch 4,3 Prozent um acht Prozent gestiegen. Die führende russische Online-Stellenbörse Headhunter meldete jüngst, dass die Zahl der dort veröffentlichten Vakanzen 2018 gegenüber dem Vorjahr um 42 Prozent gestiegen sei. Gleich-

zeitig habe die Zahl der online hinterlegten Lebensläufe um 19 Prozent zugenommen.

Deutlich gestiegene Nachfrage

Die vielen Vakanzen dokumentieren eine deutlich gestiegene Nachfrage nach Personal. Die höhere Zahl der online hinterlegten CVs lässt darauf schließen, dass die Kandidaten wieder mehr Vertrauen in die Konjunktur gefasst haben. Während der Krisenjahre waren Beschäftigte kaum an einem Wechsel interessiert, weil sie die damit verbundenen Risiken gescheut und stabile Arbeitsverhältnisse bevorzugt haben. Die Angaben von Headhuntern decken sich im Wesentlichen mit unseren Beobachtungen im Führungskräftebereich.

Die in Russland aktiven Firmen haben die Schockstarre der Krisenjahre überwunden und richten ihre Geschäftsmodelle gemäß den neuen Rahmenbedingungen aus. Vor allem die Rubelabwertung und die Importsubstitutionspolitik der russischen Regierung zwingen die Unternehmen dazu, ihre Aufstellung zu überdenken. In vielen Branchen stellt sich die Frage nach einer möglichen (Teil-)Lokalisierung der Produktion, etwa im Maschinenbau oder der Pharmaindustrie. Verhältnismäßig wenige Unternehmen haben sich aber für die Errichtung eines Werks auf der „grünen Wiese“ entschieden. Die meisten bevorzugen Kooperationsmodelle mit russischen Produzenten oder versuchen, die weiterhin zugänglichen Marktsegmente über Exporte abzudecken.

Nur ein Teil unserer Mandate steht deshalb im Zusammenhang mit der geschäftlichen Expansion unserer Kunden. Bei der Mehrzahl handelt es sich um Nachbesetzungen aufgrund von Abgängen oder von den Unternehmenszentralen gewünschten Personalwechseln. Insgesamt hat sich die Nachfrage im Führungskräftebereich im Vergleich zu 2014/2015 konsolidiert.

Keine Rückkehr zum Expatriate

Bei den Expatriates ist keine Rückkehr zum „klassischen“ Entsendemodell erkennbar, wie es vor allem in den 1990er und frühen 2000er Jahren verbreitet war. Während der Krisenjahre hat ein großer Teil der amerikanischen und europäischen Expatriates Russland verlassen, darunter auch viele Deutsche. Der Grund lag vor allem in Bestrebungen der Unternehmen, Kosten einzusparen. Somit wurden Expats entweder abgezogen oder gedrängt, aufgrund lokaler Rubelverträge tätig zu werden – für viele Arbeitnehmer angesichts der damals enormen Wechselkursschwankungen nicht annehmbar.

Heute setzen die meisten ausländischen Unternehmen auf russische Kandidaten zur Besetzung ihrer Führungspositionen. Eine gefragte Alternative sind allerdings auch „lokale Expatriates“ – Ausländer, die permanent in Russland leben und bereit sind, auf Grundlage von Rubelverträgen tätig zu werden. Ausländische Kandidaten verdienen im Schnitt etwa 30 Prozent mehr als russische Führungskräfte. Unternehmen investieren das Geld dann, weil sie im Expatriate eine „interkulturelle Brücke“ zwischen dem russischen Markt und dem europäischen Hauptquartier sehen.

Christian Tegethoff

Geschäftsführer CT Executive Search, Moskau

„Es ist wichtig, dass Unternehmen ihre Risiken kennen“

Bei Geschäftsbeziehungen mit russischen Partnern sind die EU- und US-Sanktionen und die russischen Gegensanktionen zu beachten. Tanja Galander und Lothar Müller von PwC erläutern, was besonders zu beachten ist, um Sanktionsverstöße zu vermeiden.



Tanja Galander

Senior Manager, Rechtsanwältin
Leitung Russian Business Group
PwC Deutschland
tanja.galander@de.pwc.com



Lothar Müller

Senior Manager Forensic Services
Sanction Team PwC
lothar.mueller@de.pwc.com

Welchen Sorgfalts- und Compliance-Pflichten unterliegen Unternehmen bezüglich der Sanktionsvorschriften?

EU-Sanktionen sind durch EU-Verordnungen geregelt und damit als geltendes Recht von allen deutschen juristischen und natürlichen Personen einzuhalten. Dazu muss man den Inhalt und die Anforderungen natürlich zunächst einmal kennen. Unternehmen müssen geeignete und angemessene Maßnahmen treffen, um Sanktionen einzuhalten und Verstößen – auch durch einzelne Mitarbeiter – vorzubeugen. Dies folgt aus den Grundsätzen des Organisationsverschuldens und ist Teil der Sorgfaltspflichten der ersten Führungsebene zur Einrichtung einer festgelegten Aufbau- und Ablauforganisation im Unternehmen.

Nichts anderes gilt für US-Sanktionen: Alle Personen, die von US-Sanktionen betroffen sein können, müssen prüfen, ob sie unter deren direkten Anwendungsbereich fallen oder diese als sekundäre Sanktionen einzuhalten sind. Bei Untersuchungen durch amerikanische Behörden besteht die Möglichkeit, dass nicht nur das Unternehmen, sondern auch die Aktivitäten von Einzelpersonen geprüft und diese zur Haftung herangezogen werden, was gleichermaßen für das Management wie auch für sonstige Mitarbeiter gilt. Ein Sanktionsverstoß geht immer mit einem bedeutenden Reputationsverlust einher. Geschäftspartner, insbesondere Banken, verlangen häufig Sicherungsmaßnahmen oder wollen deren Umsetzung sogar vertraglich regeln.

Inwieweit können deutsche Unternehmen oder deren Mitarbeiter denn von US-Sanktionen betroffen sein?

Grundsätzlich sind die US-Sanktionen von US-Staatsbürgern und -Unternehmen einzuhalten und zwar unabhängig von deren

Aufenthaltort oder Unternehmenssitz. Damit werden die US-Sanktionen zum Beispiel für alle US-Staatsbürger relevant, die für europäische Unternehmen arbeiten. US-Muttergesellschaften europäischer Unternehmen wie auch deren US-Töchter fallen als US-Personen unmittelbar unter die US-Sanktionsregelungen und haben diese einzuhalten.

US-Behörden betrachten zudem in der Regel die gesamte Unternehmensgruppe, so dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass Handlungen einer europäischen Konzerngesellschaft einem US-Unternehmen zugerechnet werden. Weiterhin sind die US-Sanktionen auch von Nicht-US-Personen einzuhalten, die sich in den USA aufhalten, dort ihren Wohnsitz haben oder etwa eine US-Greencard besitzen.

Problematisch sind sogenannte sekundäre Sanktionen gegen Nicht-US-Bürger, falls diese geschäftliche Beziehungen in signifikantem Umfang im Auftrag sanktionierter russischer Personen haben oder eingehen. Nach Artikel 228 des „Countering Russian Influence in Europe and Eurasia Act of 2017“ (CAATSA) hat der amerikanische Präsident gegen ausländische Personen Sanktionen zu verhängen, wenn er feststellt, dass die ausländische Person bewusst entsprechende gesetzliche Regelungen verletzt oder eine signifikante Transaktion für oder im Namen einer Person ermöglicht, die den US-Sanktionen unterliegt.

Wie können und müssen Unternehmen sicherstellen, dass sie nicht gegen Sanktionen verstoßen?

Es ist wichtig, dass Unternehmen ihre Risiken kennen und sowohl geplante als auch schon laufende Geschäfte überprüfen. Oft sind sich Unternehmen jahrelang nicht bewusst, dass ihre Geschäfte sanktionsbe-

dingte Risiken bergen. Vor allem die Komplexität der US-Sanktionen kann dazu führen, dass Unternehmen sanktionsrelevante Geschäfte nicht ausreichend prüfen und so ins Visier der US-Behörden geraten. Hierbei ist zu beachten, dass heutzutage alle Branchen betroffen sind und Banken längst nicht mehr alleine im Mittelpunkt der Aufsichtsbehörden stehen.

Was bedeutet das konkret für die Compliance im Unternehmen?

Wie bereits erläutert, muss jedes europäische Unternehmen professionelle und angemessene Compliance-Verfahren vorweisen. Um dieser Anforderung unabhängig von Budget und Ressourcen gerecht zu werden, besteht die Möglichkeit, zunächst das eigene Sanktionsrisiko in einer schnellen Analyse zu identifizieren und daraus Handlungsempfehlungen zur Minimierung der Risiken abzuleiten. In diesem Zusammenhang sollten neben den unternehmensspezifischen Risiken auch bestehende Sicherungsmaßnahmen vor dem Hintergrund der Sanktionsvorschriften und der Erwartungshaltung der Behörden analysiert werden. Die sich daraus ergebenden Handlungserfordernisse können und müssen sodann in die Unternehmensorganisation integriert werden, um so individuell angepasste Compliance-Strategien zu entwickeln.

Um auch dem von den US-Aufsichtsbehörden verlangten Mindestmaß an Sorgfaltspflichten zu genügen, sollten Unternehmen ein gruppenweites „Sanctions Compliance Framework“ implementieren. Dies gilt längst nicht mehr nur für Unternehmen mit US-Bezug, denn auch Sekundärsanktionen stellen ein reales Risiko dar. So kann sichergestellt werden, dass Sanktionsvorschriften gruppenweit beachtet werden und Unwissenheit nicht zu einem Sanktionsverstoß führt. Eine Abkehr vom Russlandgeschäft

aufgrund der Ungewissheit der US-Sanktionen muss nicht immer notwendig sein, und Unternehmen können den aus den komplexen Sanktionsvorschriften resultierenden Herausforderungen durchaus begegnen.

Worauf sollte man im Umgang mit russischen Vertragspartnern achten?

Im Verhältnis zu russischen Vertragspartnern ist bei der Vertragsgestaltung darauf zu achten, dass im Falle von Sanktionen Beendigungs- oder Anpassungsmöglichkeiten gegeben sind. Dies ist nicht immer einfach, da zum Beispiel die russische Rechtsprechung Sanktionen nicht als Fälle höherer Gewalt akzeptiert und die Einhaltung gegen Russland gerichteter Sanktionen teilweise als treuwidrig eingestuft wird. Aus deutscher Sicht ist außerdem darauf zu achten, dass entsprechende vertragliche Regelungen nicht als unzulässige Boykottklärungen gemäß der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) qualifiziert werden.

Welche juristischen Folgen kann ein Sanktionsverstoß haben?

Die entsprechenden EU-Verordnungen enthalten keine Strafregelungen bei Verstoß. Diese werden von den jeweiligen EU-Mitgliedstaaten festgelegt und angewendet. Strafen und Bußgelder bei Rechtsverstößen gegen EU-Sanktionen sind in Deutschland im Außenwirtschaftsgesetz und in der AWV geregelt. Im Fall einer vorsätzlichen Verletzung droht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren. Eine fahrlässige Verletzung stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und wird mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 Euro belegt.

In der Praxis sind bei Verstößen gegen EU-Sanktionen häufig auch §§ 130 und 9 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten

(OWiG) wegen einer fahrlässigen oder vorsätzlichen Verletzung der Aufsichtspflicht des Vorstandes oder der Geschäftsleitung anwendbar. Der Höchstbetrag einer entsprechenden Geldbuße für Mitglieder der Geschäftsleitung in solchen Fällen beträgt eine Million Euro. Daneben kann gegen das Unternehmen selbst ein Bußgeld von fünf bis zehn Millionen Euro verhängt werden.

Wie sieht das bei Verstößen gegen die US-Sanktionen aus?

Auch ein Verstoß gegen US-Sanktionen kann zu einer strafrechtlichen Haftung und zu Geldbußen führen. Die von den US-Aufsichtsbehörden verhängten Geldstrafen stehen vor allem durch ihre Höhe hervor. So traf es einige Großbanken nach Verstößen gegen Iran- und Kuba-Sanktionen in Milliardenhöhe. Zu den Geldbußen - verwaltungsrechtliche Geldbußen können das Doppelte des fraglichen Geschäftswertes betragen - kommen Kosten, die während der Untersuchung des Sanktionsverstoßes und im Nachgang durch Auflagen der US-Behörden entstehen. Auch Reputationsschäden sind nicht zu unterschätzen.

Es drohen auch Nicht-US-Unternehmen empfindliche Konsequenzen, sollten sie „signifikante Transaktionen“ mit gelisteten Personen und Unternehmen durchführen. Dies kann neben dem Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträgen oder vom US-Finanzmarkt bis zu einer eigenen Listung als sanktioniertes Unternehmen führen, was zumeist eine komplette Lähmung des Unternehmens zur Folge hat.

Die Fragen stellte
Christian Himmighoffen

Neuer Schwung nach den Parlamentswahlen

Anfang März hielt sich eine große Unternehmerdelegation unter Leitung von OAOEV-Geschäftsführerin Ute Kochlowski-Kadjaia in der armenischen Hauptstadt Eriwan auf. Auf dem Programm standen unter anderem Gespräche mit der neuen Regierung.

Begrüßt wurde die mit rund 20 Unternehmensvertretern bislang größte deutsche Wirtschaftsmission in das Kaukasus-Land vom deutschen Botschafter in Eriwan Matthias Kiesler. An der Reise nahmen Unternehmen aus dem Finanzsektor, der Landwirtschaft, aus IT, Bildungswesen, Metallverarbeitung sowie Mobilität teil. Eröffnet wurde der Besuch mit einem Briefing durch Botschafter Kiesler und den Geschäftsführer des Deutschen Wirtschaftsverbands (DWV) in Eriwan Dietmar Stiel. In Gesprächen mit Vize-Premierminister Tigran Avinyan, Wirtschaftsminister Tigran Khachatryan sowie im Rahmen verschiedener bilateraler Gespräche mit armenischen Unternehmen und Verbänden wurden die aktuelle wirtschaftliche Lage und die Perspektiven der deutsch-armenischen Wirtschaftszusammenarbeit erörtert. Dabei konnten mehrere sehr konkrete Projekte in den Bereichen Bildung, Produktion und Verarbeitung hochwertiger Metalle, Abfallmanagement sowie Digitalisierung vereinbart werden.

Neue Regierung mit Dynamik

Im Namen der Delegation gratulierte OAOEV-Geschäftsführerin Kochlowski-Kadjaia der neuen Regierung von Premier

Nikol Pashinyan, die aus den Neuwahlen im November mit über 70 Prozent der Stimmen als Siegerin hervorgegangen war. Sie unterstrich, dass deren auf Demokratisierung der Gesellschaft und Modernisierung der Wirtschaft gerichtete Strategie für mehr Transparenz und Einfachheit im Steuersystem, der Kampf gegen Korruption sowie die konsequente Entwicklung innovativer Wirtschaftszweige aus Sicht der deutschen Wirtschaft eine neue Dynamik für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes mit sich bringen würden. Die Hoffnung sei groß, dass sich die Wachstumsraten der vergangenen Jahre fortschreiben ließen und sich positiv auf die Wohlstandsentwicklung auswirkten. Im vergangenen Jahr wuchs Armeniens Wirtschaft um 5,5 Prozent, für 2019 erwartet die EBRD erneut einen Zuwachs von fünf Prozent.

In enger Zusammenarbeit mit dem DWV in Armenien standen Unternehmensbesuche und ein Runder Tisch mit armenischen Wirtschaftsvertretern auf dem Programm. Finanzierungs- und Rahmenbedingungen, neue Projekte sowie die Themen Ausbildung und digitale Bildung wurden dabei intensiv diskutiert. Bilateral wurden zudem Gespräche zu innovativen Lösungen im Abfallmanagement, zur Nutzung des armeni-

schen Potenzials in Bergbau und Metallverarbeitung sowie zu den Bereichen Sicherheit und Katastrophenschutz geführt.

Digitalisierung im Schulalltag

Nicht fehlen durfte auch das für Armenien so wichtige Thema Digitalisierung. Besonders bei deren Integration in die Schulbildung ist das Land vorbildlich und integriert früh wirtschaftsnahe Anwendungsmöglichkeiten in den Schulalltag: 3D-Druck, 3D-Modelling oder die aktuelle CNC-Anwendung gehören mittlerweile zum Curriculum. Das hoch gelobte TUMO-Center, das tausenden armenischen Kindern täglich nach der Schule kostenlos IT-Know-how vermittelt und bereits Ableger in Beirut, Dubai, Moskau und Paris eröffnet hat, ist ein Baustein dieser Bildungsstrategie. Dieser Trend zeigt, dass sich Armenien von einem reinen Outsourcing- zu einem IT-Entwicklungsstandort wandelt. Es ist daher kein Zufall, dass sich die rund 2.000 Teilnehmer des World Congress on Information Technology (WCIT) Anfang Oktober in Eriwan treffen. Im Rahmen einer Vereinbarung mit der Union of Advanced Technologies Enterprises wird der OAOEV im Oktober verschiedene Foren veranstalten und sich in den WCIT einbringen.

Der Besuch in Armenien setzte den intensiven Dialog der deutschen Wirtschaft mit dem Land fort, der seit der „samtenen Revolution“ im Frühjahr 2018 eine neue Dynamik gewonnen hat. Nach der Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel in die drei Länder des südlichen Kaukasus im Sommer 2018, die von einer Wirtschaftsdelegation begleitet wurde, fanden im November ein Frühstück mit dem armenischen Präsidenten sowie im Februar ein erster Austausch mit dem neu gewählten Premierminister in Berlin statt.



Am Roundtable mit dem armenischen Vize-Premier

Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa im OAOEV

Östliches Europa bleibt Wachstumsmotor für den deutschen Handel

Die deutschen Ausfuhren in die OAOEV-Region stiegen 2018 erneut überdurchschnittlich. Deutschlands Nachbar Polen ist auf dem Sprung in die Top-5 der deutschen Handelspartner.

Das östliche Europa gehört weiterhin zu den wichtigsten Wachstumsmotoren des deutschen Außenhandels: Nach den Daten des Statistischen Bundesamts für das Gesamtjahr 2018, die der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) aktuell ausgewertet hat, stieg der deutsche Außenhandel mit den 29 Ländern der Region, die von Tschechien bis an die russische Pazifikküste reicht, im vergangenen Jahr um 6,5 Prozent und damit erneut kräftiger als der deutsche Handel insgesamt (+4,2 Prozent). „In einem schwieriger werdenden außenwirtschaftlichen Umfeld kommen insbesondere aus den Ländern Mittel- und Südosteuropas wichtige Wachstumsimpulse für die deutsche Exportwirtschaft“, sagte der OAOEV-Vorsitzende Wolfgang Büchele zu den neuen Zahlen: „Die intensive wirtschaftliche Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit dieser Region trägt weiter Früchte.“

Insgesamt stieg der deutsche Handelsumsatz mit den 29 OAOEV-Ländern 2018 um 27,8 Milliarden auf 453,4 Milliarden Euro. Auf die Region entfielen knapp 20 Prozent des deutschen Außenhandels und somit deutlich mehr als auf den deutschen Gütertausch mit China und den USA. Die deutschen Exporte kletterten dabei um 5,6 Prozent auf 225,2 Milliarden Euro, die Einfuhren legten sogar um 7,5 Prozent auf 228,2 Milliarden Euro zu. Die deutsche Handelsbilanz mit dem östlichen Europa ist damit leicht negativ, was vor allem auf den 2018 stark gestiegenen Importüberschuss im Handel mit Russland in Höhe von 10,5 Milliarden Euro zurückzuführen ist.

Polen fast gleichauf mit Großbritannien

Mit Polen (Platz 7) und der Tschechischen Republik (Platz 10) finden sich zwei mitteleuropäische Länder unter den Top Ten der deutschen Handelspartner – mit weiteren soliden Zuwachsraten. „15 Jahre nach der

EU-Osterweiterung sind unsere östlichen Nachbarländer tief in die Wertschöpfungsketten der deutschen Industrie integriert. Und die Chancen stehen gut, dass sich diese einzigartige Erfolgsgeschichte zu unserem beiderseitigen Vorteil weiter fortsetzt“, sagte Büchele.

Allein der Handel mit Polen, dem mit Abstand größten deutschen Handelspartner im östlichen Europa, stieg 2018 um 7,5 Prozent auf 118 Milliarden Euro. Deutschland wies dabei mit Exporten in Höhe von 63,1 Milliarden Euro (+6,4 Prozent) weiter einen deutlichen Handelsüberschuss aus (acht Milliarden Euro). „Seit dem EU-Beitritt Polens im Jahr 2004 haben sich die deutschen Exporte dorthin fast vervierfacht“, unterstrich Büchele die Bedeutung des Nachbarlandes und des EU-Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft.

In der Rangfolge der deutschen Außenhandelspartner liegt Polen beim Umsatz inzwischen nahezu gleichauf mit Großbritannien. Auch Italien ist in Sichtweite gerückt. „In den nächsten drei Jahren könnte Polen der Sprung in die TOP 5 der wichtigsten deutschen Handelspartner gelingen“, sagte Büchele.

Kräftig steigern konnten die deutschen Exporteure auch ihre Ausfuhren in die Tschechische Republik (+6,1 Prozent), nach Ungarn und in die Slowakei (jeweils +5,4 Prozent) sowie nach Estland (+11,4 Prozent). Auch die deutschen Einfuhren aus Mitteleuropa zogen erneut spürbar an. „Zahlreiche neue Investitionsprojekte wie die Werke von Mercedes in Polen und BMW in Ungarn werden die Rolle dieser Region weiter festigen“, sagte Büchele.

Kräftige Zuwächse in Südosteuropa

Die deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Südosteuropa entwickeln sich ebenfalls

sehr positiv. Die Lieferungen nach Rumänien, dem fünftgrößten deutschen Absatzmarkt in Osteuropa, stiegen um 7,3 Prozent auf 16,2 Milliarden Euro. Kräftige Zuwächse gab es insbesondere bei den Exporten nach Serbien (+12,2 Prozent), Kosovo (+19 Prozent), Montenegro (+17,4 Prozent) und Nordmazedonien (+16,2 Prozent).

„Mit der Beilegung des Namensstreits mit Griechenland und zahlreichen Reformen hat Nordmazedonien zuletzt einen sehr erfolgreichen Kurs eingeschlagen“, sagte Büchele. „Wir hoffen jetzt auf den baldigen Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen. Dies wird sich hoffentlich auch positiv auf die Reformanstrengungen in den anderen Ländern der Region auswirken“, so Büchele. „Auch die Wirtschaftsbeziehungen zu den übrigen Westbalkan-Staaten entwickeln sich gut, wir würden uns allerdings eine höhere Dynamik in der regionalen Zusammenarbeit wünschen“, betonte Büchele.

Ausfuhren nach Russland stagnieren

Licht und Schatten gibt es im deutschen Außenhandel mit Russland: Durch den zeitweise kräftigen Anstieg der Ölpreise und steigende Volumen beim Import von Erdgas stieg der Wert der deutschen Importe aus Russland um 14,6 Prozent auf nun 36 Milliarden Euro. Die deutschen Lieferungen nach Russland stagnierten dagegen nahezu bei knapp 26 Milliarden Euro (+0,8 Prozent). „Die verhaltene Konjunktur in Russland, der anhaltend schwache Rubel und die Sanktionspolitik tragen zur Stagnation der deutschen Ausfuhren nach Russland bei“, sagte Büchele: „Die fortlaufenden Diskussionen über neue Wirtschaftssanktionen der USA gegen Russland führen zu einer massiven Verunsicherung bei deutschen Unternehmen und ihren russischen Partnern. Hier wünschen wir uns dringende politische Entspannungssignale und eine neue Dynamik im Dialog miteinander.“

In der deutschen Exportstatistik belegt Russland inzwischen weltweit nur mehr Platz 15 und ist 2018 sogar hinter Ungarn zurückgefallen. Im Jahr 2012, als die deutschen Exporte nach Russland einen Rekordwert von 38 Milliarden Euro erreichen konnten, rangierte Russland noch auf Platz elf. Auch die Exportaussichten für 2019 sind getrübt: In einer Ende 2018 von OAOEV und AHK Russland gemeinsam durchgeführten Geschäftsklima-Umfrage rechnen 70 Prozent der befragten deutschen Unternehmen in Russland mit stagnierenden oder sogar rückläufigen Exporten.

Um wieder mehr Dynamik in die bilateralen Beziehungen zu bringen, hatte der OAOEV im Januar eine „Neue Agenda“ vorgelegt, in dem 15 Bereiche für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland von der Digitalisierung bis zur Kooperation im Weltraum identifiziert werden. „Wir sind fest davon überzeugt, dass gemeinsame wirtschaftliche Projekte mit Russland auch einer politischen Wiederannäherung förderlich sind. Es gibt viele Felder, auf denen wir trotz der bestehenden Sanktionen hervorragend zusammenarbeiten können“, sagte Büchele.

Einfuhren aus der Ukraine legen kräftig zu

Eine ähnliche Diskrepanz zwischen der Ex- und Importentwicklung gibt es auch im deutschen Handel mit der Ukraine: Die deutschen Exporte in das Land legten 2018 mit 3,3 Prozent nur unterdurchschnittlich auf 4,5 Milliarden Euro zu. Die Importe aus der Ukraine wuchsen dagegen erneut kräftig um 17,4 Prozent auf 2,6 Milliarden Euro. „Dies zeigt, dass die Ukraine zwar einerseits von verbesserten Absatzmöglichkeiten in der EU im Rahmen der Assoziierung profitiert, Binnennachfrage und Rahmenbedingungen aber noch nicht gut genug sind, um einen nachhaltigen Anstieg der

deutschen Ausfuhren zu ermöglichen. In den vergangenen Jahren konnte die Basis für einen Aufschwung der Ukraine aber deutlich verbessert werden. Wir hoffen jetzt, dass sich nach den Wahlen die Reformdynamik wieder beschleunigt“, sagte Büchele mit Blick auf die 2019 anstehenden Doppelwahlen von Präsident und Parlament.

Außenhandel profitiert von Reformen

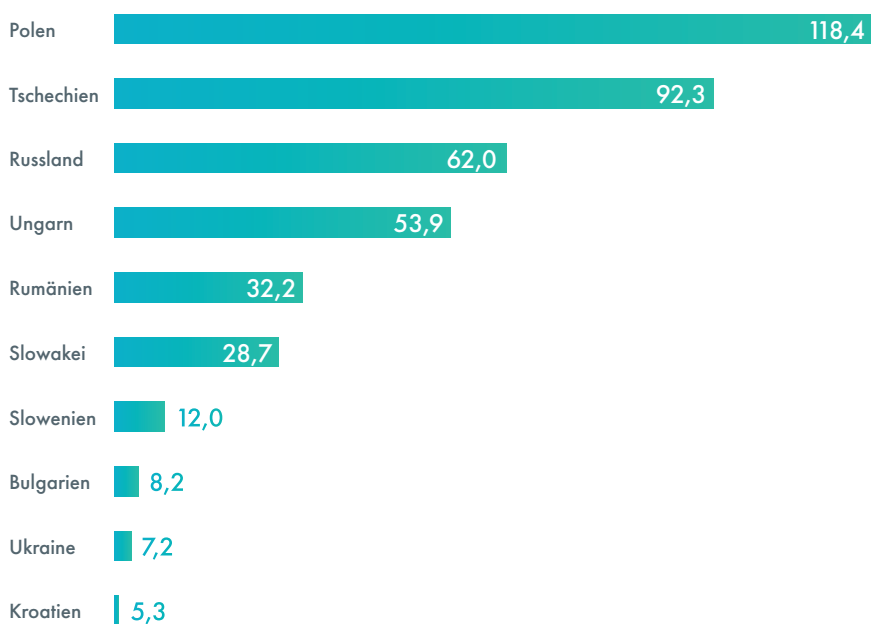
Erfolgreicher als in Russland und der Ukraine waren deutsche Exporteure auf anderen GUS-Märkten: Besonders kräftige Exportzuwächse gab es in Armenien (+31,5 Prozent), Aserbaidschan (+26,7 Prozent) und in Usbekistan (+17,4 Prozent). „Sowohl in Armenien, als auch in Usbekistan setzen neue Regierungen konsequent auf Wirt-

schaftsreformen. Beide Länder sind für Investoren deutlich attraktiver geworden“, sagte der OAOEV-Vorsitzende Büchele.

Anfang März hat der OAOEV mit einer Delegation Armenien besucht (s. S. 17). Usbekistan stand zuletzt mehrfach im Mittelpunkt von Reisen und Konferenzen des OAOEV. „Usbekistan ist mit über 30 Millionen Einwohnern ein Markt mit sehr großem Potenzial, die Aktivitäten deutscher Unternehmen haben dort sprunghaft zugenommen“, sagte Büchele. „Dies macht deutlich, welche Dynamik durch mutige Reformschritte entstehen kann.“

Andreas Metz, Christian Himmighoffen
Abteilung Presse und Kommunikation im OAOEV

Deutsche Handelspartner in Osteuropa (Top-10, Umsatz in Mrd. Euro)



Quelle: Stat. Bundesamt

Innovation statt Werkbank

Im Februar fand die dritte Sitzung des OAOEV-Arbeitskreises (AK) Mittelosteuropa mit Schwerpunkt Slowakei und Tschechien statt. Im Fokus der Sitzung stand der Übergang beider Länder zu einer innovationsbasierten Wirtschaft.

Aufgrund ihrer zunehmenden Innovationskraft verlieren die beiden mittelosteuropäischen Volkswirtschaften zunehmend ihren Ruf, eine verlängerte Werkbank für westliche Unternehmen zu sein. Der deutsche Autobauer BMW hat beispielsweise die Eröffnung einer Teststrecke für autonomes Fahren in Tschechien angekündigt. In der Slowakei wurde die Ecocapsule – ein nachhaltiges Mikro-Haus – entwickelt. Innerhalb von zehn Jahren stieg die Zahl der Patentanmeldungen der tschechoslowakischen Nachfolgestaaten beim Europäischen Patentamt stark an und belief sich 2017 etwa für Tschechien auf 359. Die Zeiten des deutschen technologischen Vorsprungs seien vorbei, lautete dann auch der Tenor der Referenten beim AK Mittelosteuropa. Beide Länder seien zu Wirtschaftspartnern auf Augenhöhe avanciert.

Die Entwicklung zur innovationsgetriebenen Wirtschaft wird von den Regierungen aktiv unterstützt. In Tschechien stellte Premierminister Andrej Babiš im Februar die Czech Innovation Strategy 2030 vor und untermauerte dabei die Ambitionen seines Landes, zu den innovativsten Wirtschaftsstandorten in Europa aufzusteigen.

EU-Mitgliedschaft als Erfolgsfaktor

Tschechien und die Slowakei feiern am 1. Mai 2019 ihr 15-jähriges Jubiläum als EU-Mitglieder, und die Slowakei gehört inzwischen seit zehn Jahren der Eurozone an. Die Integration in die EU hat den Ländern einen starken und anhaltenden Wachstumsschub verliehen. Sie werden auch 2019 zu den Wachstumsmotoren in der EU zählen. Die Europäische Kommission prognostiziert im Jahr 2019 ein Wachstum von 2,9 Prozent für Tschechien und 4,1 Prozent für die Slowakei - deutlich über dem EU-Durchschnitt von 1,5 Prozent. Die slowakische Volkswirtschaft wird voraussichtlich das stärkste

Wachstum innerhalb der Visegrad-Gruppe verzeichnen.

Beide Länder sind innerhalb kürzester Zeit zu wichtigen Wirtschaftspartnern für die Bundesrepublik avanciert. Der konjunkturelle Boom in beiden Ländern wirkt sich positiv auf den Handel mit Deutschland aus. Im vergangenen Jahr belief sich der Warenaustausch mit der Slowakei auf 28,5 Milliarden Euro, was einem Zuwachs von zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht, und mit Tschechien auf 92,2 Milliarden Euro - ein Plus von 5,2 Prozent gegenüber 2017. Tschechien gehört zu den zehn größten deutschen Handelspartnern. Der bilaterale Warenaustausch nähert sich kontinuierlich der 100-Milliarden-Euro-Marke und wird diese wohl im Lauf der kommenden beiden Jahre erreichen.

Hohe Roboterdichte

Zu den unternehmerischen Herausforderungen, mit denen sich die AK-Teilnehmer beschäftigten, zählte neben Sondersteuern in einzelnen Ländern insbesondere der Fachkräftemangel, der teilweise dazu führt, dass Unternehmen Aufträge nicht realisieren können. Dies stellt einerseits ein großes Hindernis für Unternehmen dar, fördert allerdings gleichzeitig den Druck, in die Automatisierung zu investieren. Die Slowakei und Tschechien sind mit Blick auf die Dichte der Industrieroboter pro 10.000 Einwohner in Mittelosteuropa führend.

Beide Länder schaffen es sogar im globalen Vergleich in die Top-20 des von der International Robotics Federation erstellten Rankings. Anhand der Roboterdichte lässt sich der Automatisierungsgrad in der Industrieproduktion einzelner Ländern vergleichen. Mit 135 Einheiten pro 10.000 Einwohnern übertrifft die Slowakei sogar die Schweiz und belegt weltweit den 17. Platz. Tschechien kommt mit 101 Einheiten auf Platz 20. In

beiden Ländern stammt die Nachfrage nach Industrierobotern aus der Automobilbranche, die dort stark vertreten ist. Die Länder übertreffen somit die „durchschnittliche Roboterdichte“ auf der Welt (74 Einheiten) und in Europa (99) und scheinen bestens für den Übergang zur Industrie 4.0 gerüstet zu sein.

Adrian Stadnicki

Regionaldirektor Mittelosteuropa im OAOEV

Neue Länder-Updates zu Tschechien und der Slowakei

Mitte Februar hat der OAOEV neue Länder-Updates zu Tschechien und der Slowakei veröffentlicht, die über die aktuelle wirtschaftliche Situation, die unternehmerischen Rahmenbedingungen, die deutschen Wirtschaftsbeziehungen und die Aktivitäten des OAOEV in den beiden Ländern berichten. Tschechien ist nach Polen die zweitgrößte Volkswirtschaft in Mittelosteuropa und der zweitwichtigste Handelspartner Deutschlands unter den 29 OAOEV-Ländern. Im Nachbarland Slowakei ist die Automobilbranche seit langem der dominierende Wirtschaftszweig. Fast 50 Prozent der Industrieproduktion gehen auf diesen Sektor zurück. Der deutsch-slowakische Außenhandel übertraf 2018 den Warenaustausch Deutschlands mit deutlich größeren Ländern, wie Mexiko, Brasilien, Kanada und Indien. Die Updates gibt es unter www.oaev.de zum Download



Lettland setzt auf digitale Innovationen

Im Rahmen des Wirtschaftsforums „Magnetic Latvia“ präsentierten sich Ende Februar lettische Start-Ups in der Handelskammer Hamburg. Das Forum wurde von Präsident Raimonds Vejonis eröffnet.

Rund 200 Besucher informierten sich über die Innovationskraft des baltischen Staates. Der Ost-Ausschuss – Osteuropa-verein (OAOEV) war Partner des Wirtschaftsforums.

Vielfältig einsetzbare Drohnen

Zu den lettischen Innovationen zählen die Drohnen der Firma aerones. Die Spezialanfertigungen werden zur Reinigung von Hochhäusern, zur Brandbekämpfung und auch zur Instandhaltung und Enteisung von Windkraftanlagen genutzt. Die Firma wirbt damit, dass die Arbeit nicht nur kostengünstiger, schneller und besser als von Menschenhand verrichtet werde, sondern dass durch den Einsatz von Drohnen das Verletzungsrisiko für Facharbeiter deutlich sinke.

Doch was passiert, wenn immer mehr Drohnen im Alltag zum Einsatz kommen? Die lettische Firma LMT Innovations hat dafür eine Lösung parat. Sie arbeitet an einem Verkehrsmanagement-System für Drohnen, damit sich die Flughelfer nicht in die Quere kommen. Das Unternehmen arbeitet ferner an einer Drohne, die mit Hilfe künstlicher Intelligenz in Rettungseinsätzen schnellen Zugang zu relevanten Daten ermöglichen soll.

Lettischer Erfindergeist

Die lettischen Innovationen beschränken sich keinesfalls auf den vielfältigen Einsatz von Drohnen. Sie reichen über die Biotechnologie, Smart Materials, Life Sciences, die sich im Rahmen eines Workshops präsentierten, bis hin zum 3D-Druck. Die Rahmenbedingungen für den Erfindergeist in Lettland sind insbesondere mit Blick auf die digitale Infrastruktur sehr gut. Lettland hat mit dem Aufbau des 5G-Netzes in seiner Hauptstadt Riga begonnen, und der Mobilfunkstandard 4G deckt 99 Prozent des Landes ab.



Präsident Vejonis eröffnete das Wirtschaftsforum in Hamburg.

Eriks Eglitis, Staatssekretär im lettischen Wirtschaftsministerium, präsentierte dem Publikum in seiner Keynote sein Land als „Data driven nation“. Lettland will Innovationen durch die digitale Konnektivität, den sektorübergreifenden Austausch von offenen und allen zugänglichen Daten, fördern. Lettland setzt damit andere Akzente als das Nachbarland Estland, das für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung bekannt wurde.

Ausprobieren statt Regulieren

Hinzu kommt ein weiterer wichtiger Aspekt: In Lettland wird nicht reguliert, sondern erstmal ausprobiert. Zudem ist die Bevölkerung technikaffin. Fast 70 Prozent der zwei Millionen Einwohner kommunizieren mit den öffentlichen Behörden über das Internet. Beides erleichtert die digitale Transformation.

Die Digitalisierung könnte dem deutsch-lettischen Warenverkehr weitere Impulse geben. Im Jahr 2018 legte der bilaterale Warenaustausch gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozent zu. Die lettischen Exporte stiegen um 3,9 Prozent und konnten die leicht rückgängigen deutschen Aus-

fuhren ausgleichen. Insgesamt belief sich der deutsch-lettische Außenhandel auf 2,7 Milliarden Euro.

Adrian Stadnicki

Regionaldirektor Mittelosteuropa im OAOEV

Anschubhilfe für Start-Ups

Die staatliche lettische Förderbank Altum legt zusammen mit lokalen Venture-Capital-Firmen Fonds zur Förderung von IT-Start-Ups auf. Diese sollen in lettische und ausländische Start-ups in verschiedenen Phasen der Unternehmensentwicklung fließen. Der Fonds Build IT Latvia, der sich speziell an Start-Ups im Bereich IoT- und Hardware richtet, steht lettischen und ausländischen Unternehmen offen. Diese sogenannten Acceleration Funds sollen Jungunternehmen in den frühen und besonders risikoreichen Phasen unterstützen. Sie stehen auch deutschen Start-Ups offen.

<https://www.altum.lv/en/services/business-start-ups/accelerator-funds-programme/acceleration-funds/>

Ermutigendes Signal an Investoren

Im Februar tagte bereits zum sechsten Mal der Länderkreis Südosteuropa des Ost-Ausschuss – Osteuropaverins (OAOEV). Die Teilnehmer lobten die positive wirtschaftliche Entwicklung in der Region und die Lösung des Namensstreits um Mazedonien.

Länderkreissprecher Janusz Kulik, Member of the Board der REWE International AG, eröffnete die Sitzung, zu der etwa 25 Vertreter von Unternehmen und Verbänden anreisten. In seiner Begrüßung verwies Kulik auf die weiterhin positive Entwicklung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit der Region. Lag der Warenaustausch 2017 noch bei einem Gesamtvolumen von 64,5 Milliarden Euro, erreichte er 2018 bereits 69,5 Milliarden Euro, was einer Steigerung von fast acht Prozent entspricht.

Herausforderung Fachkräfte

Die Unternehmen teilten die positive Einschätzung zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region. Als größte Herausforderung führten sie übereinstimmend den zunehmenden Fachkräftemangel an, der sich durch die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte sowie weiterhin ausbaufähige Berufsbildungssysteme weiter verschärft. Kurz vor der Sitzung waren Nordmazedonien und Griechenland wesentliche Schritte zur Lösung ihres seit 27 Jahren andauernden Namensstreites gegangen. Die Teilnehmer werteten dies einmütig als ermutigendes Signal auch an Investoren.

Traditionell sind Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) eingeladen, sich an den Sitzungen des Länderkreises zu beteiligen und eine Einschätzung zu den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen aus Sicht der Bundesregierung zu geben. Sabine Stöhr, die Leiterin des für den Westbalkan zuständigen Referats im Auswärtigen Amt, und Helge Tolksdorf, Referatsleiter des Referates Südosteuropa, EU-Erweiterung und Türkei im BMWI, fassten die Entwicklungen zusammen und eröffneten das Feld für eine intensive Diskussion.

Rück- und Ausblick

Ein wesentlicher Bestandteil der Sitzung ist traditionell auch die Abstimmung zu anstehenden Aktivitäten des OAOEV und ein Rückblick auf die vergangenen Monate. Die regionale Wirtschaftskonferenz, die der OAOEV gemeinsam mit der Deutsch-Serbischen Auslandshandelskammer im September 2018 in Belgrad organisierte, war dabei ein besonderer Höhepunkt in den Aktivitäten des Länderbereichs. Die Veranstaltung stand ganz im Zeichen des 15-jährigen Bestehens

des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans.

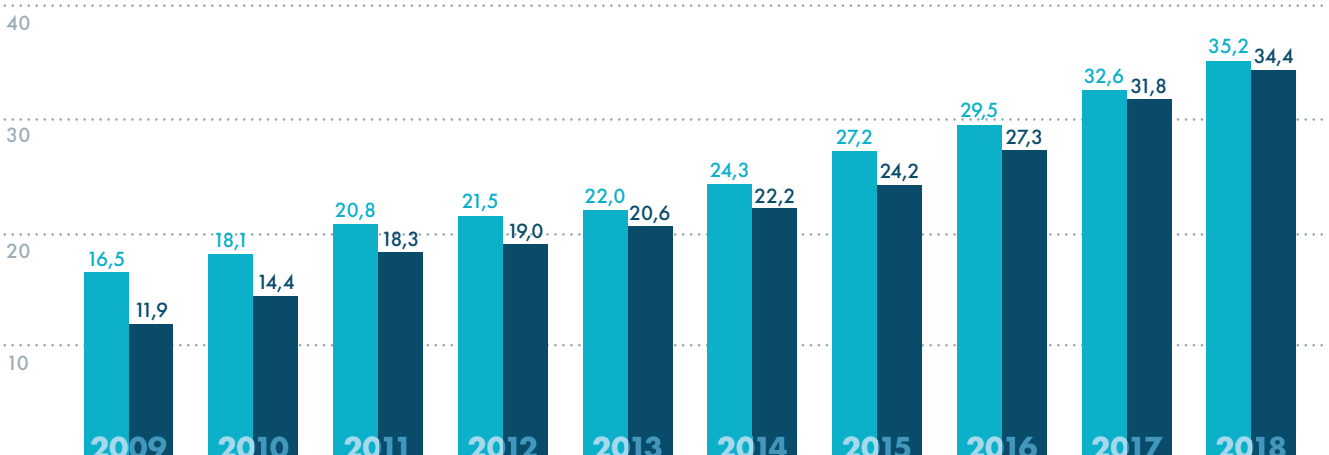
Für 2019 planen der OAOEV und die AHK Belgrad eine Folgekonferenz im zweiten Halbjahr. Im Zentrum der Aktivitäten stehen die Netzwerkpflge und der weitere Ausbau der Kontakte. So wird es Delegationsreisen unter anderem nach Montenegro, Moldau, Kroatien sowie Slowenien geben. Darüber hinaus beteiligt sich der OAOEV auch in diesem Jahr aktiv an der Vorbereitung des zweiten Digital Summit für die Länder des Westlichen Balkans, der Anfang April 2019 in Belgrad stattfinden wird. Bereits am Vorabend des Summit 2019 wird es einen Deutsch-Serbischen Runden Tisch zum Thema Digitalisierung geben, bei dem sich der OAOEV ebenfalls aktiv einbringt. Die kommende Sitzung des Länderkreises Südosteuropa wird Ende September in der bosnisch-herzegowinischen Hauptstadt Sarajevo und damit wieder in der Region stattfinden.

Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa im OAOEV

Deutscher Handel mit Südosteuropa (Mrd. Euro)*

● Deutsche Exporte ● Deutsche Importe



Quellen: Stat. Bundesamt; OAOEV | * Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Nordmazedonien, Kosovo, Kroatien, Montenegro, Republik Moldau, Rumänien, Serbien, Slowenien

OAOEV in Kürze



OAOEV-Geschäftsführer Harms führte in Washington Gespräche im Kongress.

Besuch in Washington

OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms war Mitte März in Washington unterwegs: Auf dem Programm standen Besuche bei der Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft, der deutschen Botschaft und in vier verschiedenen Ausschüssen im Senat und im Repräsentantenhaus. Außerdem traf Harms den Sanktionsbeauftragten der US-Regierung und besuchte die für Sanktionen zuständige Behörde OFAC. Vor dem Hintergrund drohender neuer US-Sanktionen gegen Russland führte Harms in den USA Gespräche zum Engagement der deutschen Wirtschaft in Osteuropa, dem amerikanisch-russischen Verhältnis und zu den Sanktionen. Auf beiden Seiten wird eine Verstärkung der Koordinierung gewünscht. Dazu wurde ein enger Meinungsaustausch vereinbart.

Arbeitskreise tagten in Hamburg

Mitte März trafen sich in Hamburg die Mitglieder des OAOEV-Arbeitskreises Logistik und Infrastruktur sowie des Länderarbeitskreises Belarus zu ihren Sitzungen. In deren Rahmen trafen OAOEV-Präsidiumsmitglied Peer Witten und OAOEV Geschäftsführerin Ute Kochlowski-Kadjaia unter anderem den belarussischen Botschafter Denis Sidorenko. Die

Teilnehmer der beiden Arbeitskreise tauschten sich über aktuelle Projekte und die Finanzierungsbedingungen in Belarus aus. Mitte Februar hatte sich bereits der Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft in der Hochschule Fresenius in Hamburg getroffen. An der Sitzung nahm auch eine usbekische Delegation mit Vertretern des Gesundheitsministeriums teil.



Botschafter Sidorenko (2.v.li.) zu Gast beim AK Belarus

Der OAOEV zu Besuch in Uljanowsk

OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms besuchte Ende Februar Uljanowsk, parallel zu den dort stattfindenden Tagen der deutschen Wirtschaft. Deutschland steht für die Hälfte der ausländischen Investitionen in der Region an der mittleren Wolga, eine der Regionen mit dem besten Investitionsklima in Russland, vielen Industrieparks und Sonderwirtschafts-

zonen. Der OAOEV und Gouverneur Sergej Morosow unterzeichneten eine Vereinbarung über eine vertiefte Zusammenarbeit. Harms besuchte außerdem die beiden deutschen Leuchtturminvestitionen von DMG Mori und Schaeffler in der Region. Dabei wurde sehr konkret und intensiv über die Chancen und Herausforderungen der Lokalisierung in Russland diskutiert.



In Taschkent trafen OAOEV-Präsidiumsmitglied Klaus Mangold und Geschäftsführer Michael Harms Ende Februar den neuen Wirtschaftsminister Umurzakow. Die OAOEV-Vertreter führten zudem Gespräche in der kasachischen Hauptstadt Astana.

Auf der Vorstands- und Präsidiumssitzung des OAOEV am 20. Februar wurden 13 neue Mitgliedsunternehmen aufgenommen

ATLAS International GmbH
BOMAG GmbH
Edison Technologies GmbH & Co. KG
Engineering Dobersek GmbH
ESS Power GmbH
Fenger Beton & Kies GmbH & Co. KG
gsc4 GmbH
Hermith GmbH
Integra GmbH
OC Oerlikon Management AG
Polytrade Global GmbH
Roland Berger GmbH
Von Beust & Coll. International

Dr. Robert Kühn, Mitglied des Vorstands der Wuppermann AG, wurde als Nachfolger des scheidenden Vorstandssprechers Dr. C.L. Theodor Wuppermann in das OAOEV-Präsidium aufgenommen.

„Sanktionen kommen und gehen“

Der niedersächsische Aromahersteller Symrise produziert seit 2011 in Russland. Stephan O. Schulte, Generaldirektor der russischen Tochter Symrise Rogovo, spricht im Interview über die Herausforderungen des russischen Marktes und die Folgen der Sanktionen.



Stephan O. Schulte
Generaldirektor Symrise Rogovo

Bitte stellen Sie Ihr Unternehmen kurz vor!

Symrise ist einer der größten Anbieter von Duft- und Geschmacksstoffen mit rund 10.000 Mitarbeitern weltweit und hat sein Geschäft in drei Säulen organisiert: Flavor, Nutrition sowie Scent & Care. Die Firmenzentrale und der größte Produktionsstandort befinden sich in Holzminden, weltweit haben wir über 100 Standorte. Unser Geschäft deckt viele unterschiedliche Segmente sowie Geschäfts- und Anwendungsbereiche für Duft- und Geschmacksstoffe, natürliche Ernährung und kosmetische Inhaltsstoffe ab.

Welche Bedeutung hat Osteuropa für Ihr Unternehmen?

In Osteuropa gibt es für uns hochinteressante Märkte. Der Pro-Kopf-Verbrauch ist noch wesentlich niedriger als in Westeuropa, wo die Märkte schon sehr saturiert sind. Unser Hauptaugenmerk liegt auf Russland. Es kommt nicht von ungefähr, dass wir dort als erster der großen globalen Aromenhersteller 2011 die Produktion aufgenommen haben. Wir haben unser Werk bei Moskau in erster Linie für die Belieferung eines großen internationalen Kunden in der Lebensmittelindustrie gebaut. Für uns war das aber gleichzeitig ein Fuß in der Tür. Wir im-

portieren darüber hinaus Fertigprodukte unserer Muttergesellschaft. Wir sind von Moskau aus zudem für Kasachstan, Belarus und die Mongolei zuständig, der Rest der Region wird aus Wien oder von der Türkei aus bearbeitet. Wir sind dabei, auch den Export in andere GUS-Republiken und benachbarte Länder in den Blick zu nehmen. Insgesamt haben wir in Russland rund 125 Mitarbeiter.

Wie beurteilen Sie den russischen Markt?

Es gibt inzwischen zahlreiche russische Unternehmen, die ein anspruchsvolles Qualitätsniveau in Einkauf, Produktion, Marketing und Management erreicht haben. Unser zweitgrößter Abnehmer ist ein russisches Unternehmen, und einige unserer erfolgreichsten Projekte haben wir mit russischen Kunden gemacht, etwa die gemeinsame Entwicklung eines minzhaltigen Getränks ohne Alkohol, das sehr erfolgreich war. Dabei ist es ein psychologischer Pluspunkt, dass wir in Russland produzieren, denn im Zweifelsfall wird russische Ware gekauft. Wir machen das übrigens genauso, denn wir sind eine russische Entity und damit Teil der russischen Gesellschaft. Auch für uns hat der lokale Einkauf von Rohstoffen oder Betriebsmitteln ein ganz besonderes Gewicht, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen. In dem komplexen Bereich, in dem wir unterwegs sind, sind wir natürlich auf inhaltliche und technische Unterstützung aus Deutschland angewiesen, aber wir positionieren uns hier schon unter dem Motto „Made in Russia“ und „Made for Russia“ und so werden wir auch wahrgenommen.

Inwieweit sind Sie von den schwierigen bilateralen Beziehungen und den Sanktionen betroffen?

Die westlichen Sanktionen an sich lassen uns völlig kalt, die betreffen uns überhaupt nicht. Uns haben die russischen Gegensanktionen gegen den Agrarsektor schwer zu schaffen gemacht, weil ein Teil unserer Rohstoffe nicht mehr verfügbar war. Wir benötigen als einen

der wichtigsten Rohstoffe Zwiebeln, die wir aus Spanien und Frankreich importiert haben. Wir mussten weltweit mehr als 20 Zwiebelsorten testen, bis wir einen asiatischen Hersteller gefunden haben, der uns ein adäquates Produkt liefern konnte. Wir müssen da sehr kritisch sein, weil diese Zutaten geschmacksdeterminierend sind und leichte Änderungen die Produkteigenschaften beeinflussen. Oft konnten wir keine russischen Produkte verwenden, weil diese nicht in ausreichender Qualität verfügbar oder sogar zu teuer sind, wie zum Beispiel russisches Mehl. Unter dem Schutzmantel der Sanktionen sind die Preise teilweise extrem in die Höhe gegangen.

Wo geht die Reise von Symrise in Russland hin?

Wir werden im Frühjahr eine weitere Produktionslinie anfahren, mit der wir Flüssigaromen produzieren können. Es ist ein klares Signal, dass wir trotz aller Schwierigkeiten an die Zukunft hier glauben und in einen Markt investieren, der überproportional wächst. Basierend auf Sanktionen würde ich sowieso keine Investitionsentscheidungen treffen, denn Sanktionen kommen und gehen. Der Business Case muss stimmen.

Welche Erwartungen haben Sie an Ihre Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss – Osteuropa-verein?

Ganz wichtig sind für uns die gute Vernetzung und der Zugang zur politischen Ebene, die der OAOEV bietet. Wir gehen in Russland den geraden, direkten Weg, was nicht immer einfach ist. Es ist gut, wenn man dann einen starken Partner im Rücken hat, der Dinge auch mal adressieren kann, der Kräfte bündelt und den Schlüssel in der Hand hat, Angelegenheiten von der administrativen auf eine politische Ebene zu heben.

Die Fragen stellte
Christian Himmighoffen

Termine/Kooperationen

OAOEV

3. APRIL 2019, MÜNCHEN Wirtschaftsforum Russland

Der OAOEV lädt gemeinsam mit dem Ost-WestWirtschaftsForum Bayern e.V. und der Gesellschaft Russland – Deutschland zur Vertiefung der russisch – deutschen Zusammenarbeit zu einem Wirtschaftsforum Russland unter dem Motto „Brücken bauen in schwierigen Zeiten“ ein. Dort sollen insbesondere Erfolgsfaktoren von Handel und Produktion in Russland diskutiert werden. Die Schirmherrschaft hat die bayerische Landtagspräsidentin Ilse Aigner übernommen.

Anmeldung bis 29. März unter www.oaoev-event.de
Log-In: Russland-Forum

4./5. APRIL 2019, BELGRAD 2nd Digital Summit for the Western Balkans

Auf Hochtouren laufen die Abstimmungen zwischen den Regierungen der sogenannten Westbalkan-6 und der EU-Kommission, die im Steering Committee durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und den OAOEV begleitet werden. Weitere Informationen zu Programm und Registrierung veröffentlichten wir in Kürze.

Ost-Ausschuss - Osteuropaverein
Anja Quiring
Tel.: +49 30 206167-130
A.Quiring@bdi.eu

8. APRIL 2019, NÜRNBERG 9. APRIL 2019, BIELEFELD 14. MAI 2019, MAINZ 15. MAI 2019, DORTMUND Roadshow „Ganzheitliche Lösungen für Russland und die GUS“

Der GUS-Markt birgt interessante Potenziale und logistische Herausforderungen in nahezu alle Länder der Region. Um nationale und globale Unternehmen in diesem komplexen Umfeld zu unterstützen, organisiert Kühne +

Nagel gemeinsam mit Partnern eine Roadshow unter dem Motto „Ganzheitliche Lösungen für Russland und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)“.

Anmeldung unter <https://bit.ly/2NXIA5O>

10. APRIL 2019, FRANKURT A. M. Praxisworkshop Vertrieb & Export Ukraine und Usbekistan

Im Rahmen des Workshops informieren renommierte Experten in Vorträgen und Diskussionen über landesspezifische Besonderheiten und gesetzliche Vorgaben sowie Spielregeln des Außenwirtschaftsverkehrs. Der Workshop richtet sich sowohl an Mitarbeiter, die neu in die Thematik einsteigen wollen, als auch an Fortgeschrittene, die ihr Wissen vertiefen möchten.

Exportwirtschaft ICS GmbH
service@exportwirtschaft.net

12. APRIL 2019, FRANKFURT/M. 4. Manufacturer's Forum Russlands Regionen im Check für Hersteller und Handelsunternehmen

Die Auswahl der geeigneten russischen Region für deutsche Produzenten und Handelsunternehmen und die Vorstellung der interessantesten russischen Regionen stehen im Mittelpunkt des 4. Manufacturer's Forum Russland.

OWC-Verlag
Yuliya Sudnik
ys@owc.de

24. BIS 26. OKTOBER 2019, XI'AN/CHINA 1st Clean Energy Financing and Investment Conference for Belt and Road Initiative (BRI)

„Energiewende“ ist ein wichtiges Thema der chinesischen Seidenstraßeninitiative. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz spielen dabei eine wesentliche Rolle. Die Konferenz soll Vertretern aus Asien, Europa und Afrika eine Plattform für Diskussionen und den Auf-

bau einer internationalen nichtstaatlichen Zusammenarbeit bei Clean-Energy-Projekten im Rahmen der „Belt and Road“-Initiative bieten.

EnergyEfficiencyInvest-Eurasia GmbH, Berlin
Tel.: +49 030 68 40 27 76
Danning Zhu
d.zhu@energyeurasia.de
Tatiana Khoroshilova
t.khoroshilova@energyeurasia.de

Kooperationen

Die ukrainische Werbeagentur Starlight Digital Sales, eines der größten digitalen Werbeunternehmen in der Ukraine, bietet potenziellen Partnern eine Promotionplattform. Informationen können bei der Redaktion angefordert werden.

Kontakt

StarLight Digital Sales
Natalya Neverova
Tel. +38 044 583 01 96 (ext. 22-57)
neverova@slds.com.ua
slds.com.ua

Der OEI-Redaktion liegt eine Liste der wichtigsten Messen, Ausstellungen und Kongresse in Turkmenistan im Jahr 2019 vor. Dazu gehören unter anderem die Handels- und Dienstleistungsmesse im April und der Internationale Gas-Kongress im Mai.

Stellenangebot

Im Ost-Ausschuss - Osteuropaverein ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt und für insgesamt drei Monate zur Unterstützung bei der Umsetzung von internationalen Projekten (Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans sowie Internationale Fachkräfteinitiative der Deutschen Wirtschaft) ein Praktikumsplatz in Vollzeit (39 h) zu besetzen.

Infos unter www.oaoev.de/de/karriere

Impressum

Herausgeber:

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
der Deutschen Wirtschaft e.V.
Breite Straße 29, D-10178 Berlin
Telefon: +49 30 206167-116
Fax: +49 30 2028-2452
Vorsitzender der Geschäftsführung:
Michael Harms

Redaktion:

Andreas Metz (ViSdP),
Christian Himmighoffen
Telefon: +49 30 206167-122
Fax: +49 30 2028-2577
C.Himmighoffen@bdi.eu
Redaktionelle Mitarbeit:
Monique Stender, Margarita Kabakova

Verlag:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin
Telefon: + 49 30 615089-0
Fax: + 49 30 615089-29
info@owc.de, www.owc.de
Geschäftsführender Gesellschafter:
Ulf Schneider

Anzeigen:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin
Telefon: + 49 30 615089-0
Fax: + 49 30 615089-29
anzeigen@owc.de

Erscheinungsweise:

6 x jährlich (zweimonatlich)

Abonnement:

Die Osteuropa-Informationen können nur
gemeinsam mit der Monatszeitschrift
OstContact bezogen werden. Der Preis für
das Jahresabonnement beträgt für beide
Publikationen zusammen Euro 120,00, zzgl.
7% MwSt., Auslandsversand zzgl. Porto.

Abonnement-Service:

Leserservice OST-WEST-CONTACT
65341 Eltville
Telefon: +49 6123 9238-257
Fax: +49 6123 9238-244
leserservice-owc@vuservice.de

Gerichtsstand:

Amtsgericht Charlottenburg
HRB 170362 B

Druck:

Bösmann Medien und Druck GmbH & Co. KG,
Detmold

Erscheinungstermin:

März 2019

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
übernimmt trotz größter Sorgfalt keine
Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit
der weitergegebenen Informationen.

Die Schlacht um Europas Gasmarkt



Von Oleg Nikiforov und
Gunter-E. Hackemesser

In ihrem etwas reißerisch betitelten Buch greifen die beiden Journalisten ein vor dem Hintergrund der anhaltenden Auseinandersetzungen um Nord Stream 2, Europas angeblicher Abhängigkeit von russischem Gas und der US-amerikanischen LNG-Offensive zweifellos hochaktuelles Thema auf. In 26 Kapiteln beschreiben sie detailliert die geopolitischen, wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen auf dem globalen Gasmarkt, die Rolle und Ziele der einzelnen Akteure und deren Folgen für die europäische Energieversorgung. Dabei widmen sie nicht nur Russland und den USA, sondern auch anderen Gasanbietern etwa in Zentralasien und Nahost ihre Aufmerksamkeit. Durch die Kleinteiligkeit und den Wust an Daten und Fakten aus unterschiedlichsten Quellen fehlen dem Buch allerdings ein roter Faden und eine stringente Analyse, dazu kommen zahlreiche sprachliche Schnitzer und Schreibfehler. Häufig wird aus Presseartikeln statt aus den Originalquellen zitiert. Für einen schnellen, eher journalistisch angelegten Überblick über jüngste Entwicklungen auf dem globalen Gasmarkt mag das Buch aber eine nützliche Einstiegslektüre sein. (Him)

292 S. | 19,99 Euro
Springer 2018

Gier, Gas und Geld: Wie Deutschland mit Nord Stream Europas Zukunft riskiert



Von Jens Høvsgaard

Das Buch des dänischen Journalisten Jens Høvsgaard liest sich wie ein Thriller, aber der Titel ist irreführend. Eine Analyse der Auswirkungen des Pipelineprojekts Nord Stream 2 für die Zukunft Europas gibt es kaum. Vielmehr geht es um die Entstehungsgeschichte des Projekts und die Rolle der daran beteiligten Akteure, darunter natürlich Altkanzler Gerhard Schröder und Präsident Wladimir Putin, denen ganze Kapitel gewidmet sind. Die These des Autors kann man einfach verdichten: Weil die die mit dem Projekt verbundenen Personen „böse“ sind, sollte das ganze Projekt gestoppt werden. Die dänische Originalausgabe heißt dann auch „Die Spione, die mit der Wärme kamen. Die Geschichte einer Gasleitung auf dem Grund der Ostsee, und warum Putin und andere Agenten des KGB und der Stasi Politiker bis auf die Ebene von Regierungschefs in Schweden, Finnland, Deutschland und Dänemark bestachen und erpressten“. Der deutsche Buchtitel verrät wiederum die angeblichen Motive der beteiligten Personen. (Kab)

327 S. | 22,00 Euro
Europa Verlag 2019

In schwindendem Licht – Spuren jüdischen Lebens im Osten Europas



Von Christian
Herrmann

Für das Jahr 1941 wird die Zahl der jüdischen Bevölkerung auf dem Territorium der Ukraine auf 2,7 Millionen geschätzt. Die letzte verfügbare Angabe für das Jahr 2014 nennt die Zahl 67.000. Ähnlich tiefe Wunden hat der von deutschem Boden ausgegangene Holocaust in Polen, Belarus oder Rumänien geschlagen – Länder mit einer einst blühenden jüdischen Kultur. Christian Herrmann hat sich mit seiner Kamera auf die Suche nach den Resten dieses jüdischen Lebens in Osteuropa begeben. Vor allem in Galizien, Besarabien, Wolhynien, der Bukowina und Masowien war er unterwegs, spürte zweckfremdete Synagogen, überwucherte Friedhöfe und ehemalige jüdische Häuser

und Geschäfte auf. Über vielen Motiven hängen dunkle Gewitterwolken als Symbol für das Unheil, das über diese Landstriche hereingebrochen ist und von dem sie sich bis heute nicht wirklich erholt haben. Der Bildband zeigt den Querschnitt einer Detektivarbeit, die der Kölner Fotograf seit vielen Jahren leistet. Es ist ein Kampf gegen das endgültige Verschwinden und Vergessen. Dass dieser Kampf nicht vergeblich ist, beweist auch Herrmanns Internet-Seite vanishedworld.blog. Die Kommentarspalten sind voller Menschen, die mit den Fotos einen Teil ihrer Familiengeschichte wiederentdecken. (Met)

180 S. mit 110 Abbildungen
30,00 Euro
C.H. Beck Verlag 2018

EastContact From Lisbon to Vladivostok: Transformations and Perspectives

In English – Download your Copy for free!

www.owc.de

All the News, Facts and Stories on Doing Business on the Eurasian Supercontinent Subscribe to Your Free Monthly News- letter Now!

owc Foreign Trade Publishing House

2019 www.owc.de

EastContact

The Foreign Trade Magazine

"Let's talk" says EAEU Minister Tatyana Valovaya "It takes two to tango" claims EU Ambassador to Russia Markus Ederer "The more integration, the better" argues Belarusian Ambassador to Germany, Denis Sidorenko

EAEU

from Lisbon to Vladivostok:
Transformations and Perspectives



www.owc.de

EastContact News



Corporate Publishing,

Publikationen für Konferenzen und Events.

Ob Deutsch, Englisch, Russisch, Chinesisch oder Farsi.

Von Redaktion, Design und Fotografie bis zu Herstellung, Vertrieb und Vermarktung – alles aus einer Hand.

Der Fachverlag für Außenwirtschaft. Seit mehr als 60 Jahren.

Interessiert? Wenden Sie sich an uns!
Ulf Schneider: us@owc.de / +49 (0)173 610 58 67

www.owc.de

OWC
Außenwirtschaft